

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 86.

Montag, den 14. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Imperialismus und Militarismus.

Immer mächtiger wird der sich immer mehr konzentrierende Kapitalismus, sein Ausdehnungsbedürfnis kennt keine Grenzen, immer mächtiger wirkt er bestimmend auf den Staat. Gestaltend wirkt er, weil er seinen Bedürfnissen alle Formen und Lebensäußerungen in der Volkswirtschaft anzupassen suchen muß. Der Kapitalismus muß mit alten Formen aufräumen, ihm kann das nicht mehr genügen, was vorangegangene Gestaltungen des Kapitalismus als ausreichend betrachtet hatten, was vorangegangenen Bedürfnissen durchaus angepaßt war, was nun aber nicht mehr ausreicht, um die freie Entfaltung der konzentrierten Gestaltungen des jüngsten Kapitalismus ungehindert wirken zu lassen.

Nachdem der nach freier Entfaltung ringende Kapitalismus den Freihandel erzwingen hatte, hat die Zusammenfassung von großkapitalistischen und hochagrarischen Interessen die Schutzpolitik herbeigeführt, um den eigenen Markt vollkommen zu beherrschen und um nach höchster ungezügelter, technischer und wirtschaftlicher Entwicklung innerhalb des eigenen Marktes streben zu können und um in der Preisentwicklung nicht gestört zu werden durch den Wettbewerb des Auslandes. All das, was der Schutz zur Entfaltung der Produktivkräfte leisten konnte, hat er vor allem in den beiden Ländern mit größter industrieller Entwicklung, im Deutschen Reich und in den Vereinigten Staaten von Amerika, vollaus geleistet. Der Schutz hat jede Berechtigung verloren, die ihm seine Theoretiker zubilligten, er ist heute ausschließlich ein Bereicherungs- und Gewinnmittel geworden. Er fördert freilich auch die Kartellbildung, die sich aber durch die Zollgrenzen nicht hindern läßt, internationale Verbindungen anzubahnen und durchzuführen.

Überall bahnt man die internationale Kartellbildung als die nächste Entwicklung des größten Kapitalismus an. Vielfach sehen wir so z. B. in der Elektrotechnik und in der chemischen Industrie die Fusionierung in- und ausländischer Unternehmungen. Diese können den Schutz durchaus entbehren, weil sie zu monopolistischer Marktbeherrschung, wenn auch zum Teil noch unter Abgrenzung von Interessensphären, gelangt sind. Sie nützen den Schutz lediglich aus, um zu durchaus unbegrenzten höheren Preisen zu gelangen. Wenn sich internationale Kartelle durchgesetzt haben werden, wenn sie durch die Wassenhaftigkeit der Produktion und durch die restlose Befriedigung aller Bedürfnisse, und durch die Gewalt ihrer Machtmittel jedem auftauchenden Außenseiter die Aussichtslosigkeit seines Daseins erweisen können, dann hört die Bedeutung des Schutzes für die internationale konzentrierte Industrie auf. Sie wird ganz selbständig die Preise festsetzen können, kann sie doch dann auf ihre hochangesehnten Preise ruhig auch die Sätze des vorher gegoltenen Schutzes aufschlagen und damit alle Vorteile des Schutzes genießen, ohne daß der Staat irgend einen Nutzen aus diesen Schutzgöllen ziehen kann, ohne daß sich die Konsumenten irgend eines Vorteils der Aufhebung der Schutzgölle erfreuen werden. So scheint die höchste Konzentration der Industrie zu einer völligen Umänderung des Zollsystems führen zu können: zu einer dauernden Sicherung aller Schutzgewinne bei der Aufhebung der Schutzgölle, ohne daß sich nur irgend ein Vorteil des Freihandels einstellen wird. So lange sich aber diese internationalen Kartelle noch nicht durchgesetzt haben, so lange werden die großkapitalistischen Interessen Verfechter des Schutzsystems bleiben, des Systems, das sie heuchlerisch Schutz der nationalen Arbeit nennen, was aber tatsächlich nur Schutz höchster Profite des konzentrierten Kapitals ist.

So lange das internationale Kartell noch nicht gesichert ist, so lange werden die konzentrierten Kapitalmächte der einzelnen Länder darnach streben, immer neue Absatzgebiete zu gewinnen. Neue Absatzgebiete innerhalb der Industrieländer sind nur ganz unerheblich und nur unter Aufwendung großer Kosten und Preisnachlässe zu erreichen. Deshalb geht das Streben des konzentrierten Kapitals dahin, völlig neue und womöglich unberührte Absatzgebiete zu gewinnen. Hier liegt das Geheimnis des Strebens nach neuen Kolonien, hier liegt die Ursache, warum man für diese nicht die offene Lüre gelten lassen will, warum man sie mit Zollmauern zu umgeben sucht. In den Kolonien selbst sucht das konzentrierte Kapital nicht nur nach Absatzgelegenheiten, sondern auch nach Möglichkeiten, sein Kapital anzuwenden. In den Kolonien sucht man Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, dort will man die Naturkräfte ausbeuten, sie womöglich gleich verwerten, die Kolonien sollen nicht nur Einfuhrländer, sondern auch Ausfuhrländer werden, sie sollen mit den

eigenen Waren, die im Werte möglichst zu steigern sind, die Einfuhr bezahlen.

Hieraus ergibt sich die Kapitalexportpolitik nach den Kolonien. Man möchte möglichst viele Kolonien, möglichst viele Gebiete zur ausschließlichen Ausbeutung für die Industrie und für die sonstigen Kapitalkonzentrationen des eigenen Wirtschaftsgebietes erwerben. Wir beobachten die gleiche Entwicklung, die wir aus der Wirtschaftsgeschichte Englands und seiner Beziehungen zu den Staaten des europäischen Kontinents im ersten Jahrhundert nach dem Einsetzen der technisch-ökonomischen Revolution kennen. Nicht nur als ein Ausbeutungsgebiet werden die Kolonien behandelt, es werden auch dahin Maschinen ausgeführt, Fabriken werden in ihnen errichtet, zuerst zur Befriedigung des Bedarfes der in den Kolonien lebenden Bevölkerung, so z. B. Bierbrauereien, nachher geht man über, Fabriken zu errichten, die die kolonialen Rohprodukte in Halbfabrikate und sogar zu gebrauchsfähigen Waren umwandeln, zuerst zur Bedürfnisbefriedigung der einheimischen und dann auch der eingewanderten Bevölkerung der Kolonien, nachher geht man über zur Produktion von Waren für den Weltmarkt und zuletzt zum Wettbewerb mit dem Mutterlande, das durch seinen Kapitalexport die neuen Industrien in den Kolonien geschaffen hat. Es zeigt sich eben, daß die Politik des Finanzkapitals, der in den Großbanken vereinheitlichten Kapitalinteressen die energischste Ausdehnungssucht und die beständige Jagd nach neuen Anlagegebieten und neuen Absatzmärkten bedeutet.

Großbritannien versuchte sich seinen Kolonialbesitz als dauerndes Ausbeutungsgebiet zu sichern, aber diese Politik bekam schon im Jahre 1776 einen schweren Stoß mit dem Abfalle der Neu-England-Staaten, aus denen das gewaltige, durchaus unabhängige, sich eigene Kolonien angliedernde, das Gleichgewicht auf dem Weltmarkt immer mehr bedrohende Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten Amerikas erwachsen ist.

Diese treiben heute selbständige Kapitalexportpolitik, nicht nur nach den Philippinen und nach Hawaii, sie möchten Zentral- und Südamerika wie eigene Kolonien behandeln. Sie dehnen ihr Reich auf Kosten der anderen in Amerika zu einem Weltreich, zu einem Imperium aus, und suchen mit dem panamerikanischen Grundsatz Amerika durch die Kapitalkonzentrationen in der nord-amerikanischen Union vorzubereiten, um so auf der einen Halbkugel zu einem Monopol zu gelangen. Dazu wirken sie auf die Gebiete innerhalb des Stillen Ozeans, wo sie vorläufig nur in dem aufstrebenden Japan ein Hemmnis und eine Begrenzung finden. Freilich, die übermilitaristische und marxistische Politik des verhältnismäßig kleinen Japans zwingt zu immer stärkeren Anleihen und wahrscheinlich zu einer mit der Zeit sich ergebenden finanziellen Abhängigkeit dieses ostasiatischen Inselreiches von den Vereinigten Staaten. Durch den internationalen Schiffsahrtstrust, durch den Petroleumtrust, wie durch den Tabaktrust fächten amerikanische Kapitalkonzentrationen Boden in England, in Deutschland, auf der Balkanhalbinsel. Große amerikanische Interessen sind verbunden mit den Goldbergwerken in Sibirien, mit Unternehmungen in Kleinasien, auch in China hat Amerika große Geldinteressen. In Westindien hat es sich in Cuba und Portorico festgesetzt. Das Gebiet des Panamakanals mit dem Panamakanal selbst haben sich die Vereinigten Staaten zu eigen gemacht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Ende der Steuerdebatte.

Die Deckungsvorlagen sind Sonnabend der Budgetkommission überwiesen worden, und die „große Woche“ hat damit ihr Ende erreicht. Von den Blättern der Konserverativen ist in den letzten Tagen bittere Klage geführt worden, daß der Reichstag in der Erörterung der ersten Fragen nicht die gewünschte Würde bewiesen habe. Das ist kein Zweifel, wie auch der letzte Tag noch bewiesen hat, daß Begeisterung für die Heeresvermehrung oder gar für die neuen Steuern nirgends zu finden war und nur Herr Behrens und der Reichskanzler machten sich heute noch mit einigen Redensarten über die freudige Opferwilligkeit zu tun. Mehr als platonische Redensarten sind das nicht.

Herr Gothein, der für die Fortschrittler die zweite Rede hielt, kritisierte noch kräftiger als es Herr v. Payer getan hatte die Vorschläge der Regierung. Er wandte sich gegen den ganzen Gedankengang, der ihren Vorlagen zugrunde liegt und trat für die Schaffung einer dauernden Vermögenssteuer ein, die durch eine Erbschaftsteuer wirksam kontrolliert wird. Nach Herrn Behrens sprach Herr v. Bethmann-Hollweg. Er war, wie

gesagt, scheinbar sehr optimistisch und überließ gern die Schwierigkeiten, die sich zweifellos der Verwirklichung seiner Absichten entgegenstellen werden. Wenigstens suchte er sie nach Möglichkeit zu unterschätzen. Er hielt es aber doch für nötig, den üblichen Appell an die bürgerlichen Parteien zu richten und vor den Störungen zu warnen, die aus dem Voranschlag der Erbschaftsteuer oder der Vermögenssteuer hervorgehen würden. Dabei war er wiederum genötigt, ein Mißverständnis „aufzuklären“, das seine Worte über den Luxus und das Wohlleben angeblich erzeugt haben.

Genosse Segis polemisierte erfolgreich gegen den Versuch, an Stelle der Verlegenheitsprodukte der Regierung ein vernünftiges System direkter Steuern zu setzen, und er benutzte die Gelegenheit, um auch dem Grafen Posadowsky auf seine geistige Rede einige überzeugende Wahrheiten zu sagen. Sehr interessant in seinen Ausführungen war besonders die Darlegung der Verhältnisse wie sie sich im Bundesrat gestaltet haben. Seine Mitteilung, daß dort Militär- und Deckungsvorlagen nur durch die bayrische Zustimmung eine Mehrheit gefunden haben, fand von keiner Seite Widerspruch, obwohl die Mitglieder der Regierung gerade diesen Teil seiner Ausführungen aufmerksam vernommen hatten.

Daß es möglichst schnell mit der Annahme der Vorlagen gehe, war der deutlichsche Wunsch, den Herr Dr. Arndt aussprach. Genosse Dr. Siedekum, der zuletzt zu Worte kam, wandte sich gegen diese begreifliche Neigung zu übermäßiger Eile und er warf gegenüber dem Kanzler gerade die Prinzipienfragen auf, von denen die Herren der Rechten nichts wissen wollen.

Am Schluß der Sitzung wurden noch einige Petitionen erledigt. Am Montag beginnt die Beratung der zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amts.

Militärhofkott. — Fürstliche Adjutanten.

In der Freitagssitzung der Budgetkommission des Reichstages fand zunächst eine allgemeine Aussprache über den Militärhofkott statt. Die Genossen Liebknecht, Stücklen, Schöpflin und Koske forderten energisch vom Kriegsminister, daß dem groben Unfug des Militärhofkotts ein Ende bereitet wird, der eine schwere Schädigung zahlreicher Existenzen bedeute, im übrigen eine ungebührliche politische Kampfesmaßregel gegen die Sozialdemokratie sei. Die Kriegsverwaltung habe nur militärische, nicht aber politische Aufgaben zu erfüllen. Die Militärbehörden verhängten in der Regel einfach den Hofkott auf Anweisung der Polizeibehörden, von militärischen Interessen könne bei der Maßregel gar nicht gesprochen werden. Weiter wurde auf das Beispiel von Sachsen verwiesen, wo die Militärverwaltung für das ganze Land eine Regelung hat eintreten lassen. Allerdings seien auch in Sachsen Anzeichen versuchter Verschlechterung des Zustandes zu bemerken. In einer Reihe drastischer Einzelfälle wurde die Ungehörlichkeit und der ungemein schändliche Charakter des Militärhofkotts bewiesen. — Der Kriegsminister erklärte, in Preußen bestehe keine allgemeine Verfügung zur Handhabung des Militärhofkotts; die Entscheidung träfen die einzelnen Garnisonältesten, wobei sie sich von den Polizeibehörden vorher informieren lassen. Er glaube nicht, daß darin eine Aenderung eintreten könne.

Ebenfalls zu einer lebhaften Debatte führten die Adjutanten bei den Fürsten und Prinzen. Im Etat werden 12 höhere Adjutanten für den Kaiser und 68 Adjutanten für die deutschen Bundesfürsten und Prinzen gefordert, die zusammen allein an Gehalt 464 568 Mark beziehen. — Abg. Erzberger wünschte, daß hier eine Verminderung eintrete. Dem stimmten unsere Genossen zu, die gleichzeitig auch beantragten, von den 12 Adjutanten des Kaisers 6 zu streichen. — Der Kriegsminister wandte sich lebhaft dagegen, daß in diesem Etat schon Streichungen vorgenommen werden. Die Bundesfürsten hätten laut der abgeschlossenen Militärkonventionen und sonstiger Staatsverträge Anspruch auf die Adjutanten. Ohne Zustimmung der Bundesfürsten könnten ihnen diese Adjutanten nicht genommen werden. Der Reichstag müsse der Regierung genügend Zeit lassen, um Verhandlungen einzuleiten zu können. Jetzt einfach beschließen, hieße, die Bundesfürsten die Pistole auf die Brust setzen. — Dem Kriegsminister wurde erwidert, dem Reichstage werde zugemutet, in wenigen Wochen eine Milliardenvorlage zu erledigen; da müßten die Bundesfürsten sich in einigen Wochen doch auch schlüssig machen können, zumal es sich doch um eine leichte Entlastung handelt. — Scharf wandte sich der Kriegsminister gegen die Streichung von 6 Adjutanten. Die Streichung würde eine persönliche Spitze gegen den Kaiser bedeuten. Der sozialdemokratische Antrag wurde denn auch gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt; die Volksparteiler enthielten sich der Abstimmung.

Der Kriegsminister mußte im weiteren Verlaufe der Debatte zugeben, daß einzelne Fürsten keinen verz

tragfähiger Anspruch auf Adjutanten haben, ebenso wenig die Prinzen. Aus Rücksicht darauf, daß das Fürstlich-Hohenzollernsche Haus zuerst seine Selbstständigkeit aufgegeben und dem Landgrafen von Hessen sein Land genommen worden sei, sollte man ihnen den Adjutanten nicht nehmen. Die Prinzen wiederum, besonders in ihren jüngeren Jahren, bedürften dringend zweier militärischer Begleiter. — Genosse Ledebour ironisierte es, daß man die Prinzen als des doppelten männlichen Schutzes bedürftig bezeichne, denn die preussischen Prinzen erhalten je zwei Adjutanten, die anderen deutschen Prinzen nur je einen. Wenn wir übrigens durch Bewilligung je eines Adjutanten erreichen könnten, daß alle deutschen Bundesfürsten auf ihre Stellungen verzichten würden, wäre das ein billiger Weg, zum Einheitsstaat zu gelangen.

Die Volksparteier brachten eine Resolution ein, der Reichstangler möge den deutschen Bundesfürsten und Prinzen nahelegen, daß sie angesichts der schweren Opfer, die durch die neue Militärvorlage dem Volke auferlegt werden, auf zahlreiche persönliche Adjutanten verzichten sollen. — Der volksparteiliche Antrag fand Annahme. — Die Weiterberatung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Aus dem Dreiklassenparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend unter Inhuldigung zahlreicher Anwesenden endlich den Etat in zweiter Lesung zu Ende beraten. Zunächst wurden die noch ausstehenden Kapitel des Kultusetats ohne wesentliche Debatte erledigt. Ledigster wurde es bei der Beratung des Etats der Finanzministerien, das dem Abg. Kopp als Anlaß gab, verschiedene Mißstände der königlichen Theater sowohl in bezug auf ihre Leistungen als auch in bezug auf das soziale Verständnis der Generalintendantur zur Sprache zu bringen. Der Finanzminister erwiderte sehr erregt, forderte aber nicht mehr und nicht weniger, als daß man aus Patriotismus von jeder Kritik unserer Theater Abstand nehmen müßte. Eine Forderung, auf die Genosse Borchardt in gebührender Weise antwortete, während Genosse Liebknecht die Ausführungen Kopp's über das mangelnde soziale Verständnis der Generalintendantur bekräftigte. — Am Montag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung, außerdem auch der Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in zweiter und dritter Lesung.

Zur Nachwahl im Kreise Zauch-Belzig.

Wie eine Korrespondenz mitteilt, wollen die Konservativen Herrn v. Dergen, der seit langer Zeit den Kreis vertrat, fallen lassen und den wiederholt durchgefallenen Tischlermeister Pauli-Potsdam, den Handwerker-Vertreter der Konservativen, für die Nachwahl als Kandidaten aufstellen. Sollte die Korrespondenz richtig berichtet haben, dann dürfte man sich auf Überraschungen bei der Wahl gefaßt machen können. Dergen, der frühere Landrat im Reichstagswahlkreise, war außerordentlich beliebt, was man von Pauli Payer nicht sagen kann. In der Landesbesprechung werden die Konservativen durch ihren Kandidatenwechsel sicher nicht gewinnen.

Die Nationalliberalen wollen den Reichsverbändler Professor Dr. Götke-Brandenburg aufstellen, und die Fortschrittler, die das letztmal 9200 Stimmen erlangten, wollen nach derselben Korrespondenz auf eine eigene Kandidatur verzichten und gleich im ersten Wahlgange für den nationalliberalen Reichsverbändler stimmen. — Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt allerdings zu dieser Meldung, daß die Aufstellung einer nationalliberalen Kandidatur den Bruch des 1911 abgeschlossenen nationalliberal-fortschrittlichen Wahlbündnisses bedeuten würde, denn der Wahlkreis Zauch-Belzig sei der Fortschrittspartei überlassen worden. „Herrn Götke“, so fährt das „Berliner Tageblatt“ fort, „würde es allerdings wohl auf einen Bruch mehr oder weniger nicht ankommen, denn er hat sich schon 1912 unter gleichen Umständen in seinem bisherigen Wahlkreise Brandenburg-Beuthoveland gegen einen fortschrittlichen Kandidaten aufstellen lassen, wo er dann gründlich durchfiel. Natürlich würde eine nationalliberale Sonderkandidatur neben der fortschrittlichen verhindern, daß ein liberaler Kandidat überhaupt in die Stichwahl kommt.“ — Für den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten ergeben sich, wie man sieht, die denkbar besten Aussichten.

Die deutsche Gesandtschaft.

Der französische sozialistische Abgeordnete Comorelli sollte am Sonntag, dem 13. ds. Mts., in Magdeburg in zwei großen öffentlichen Landtagswählerversammlungen, in denen von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Weiß-Metz der Zusammenhang zwischen Landtagswahlen und Rüstungsbedarf gezeigt werden sollte, auf Einladung der Magdeburger Genossen des Wort eratreifen, um einiges über die Kampfe des sozialistischen Proletariats Frankreichs gegen den französischen Chauvinismus zu sagen. Als Comorelli am Sonnabend abend in Magdeburg eingetroffen war und sich nach dem Parteisekretariat begeben hatte, ergriff gleich darauf ein Kriminalkommissar, der ihm im Auftrag des Polizeipräsidenten v. Allen das folgende Gespräch überreichte:

„In den Besonderen des französischen Sozialistischen Kongresses, Abg. Comorelli-Moret, hersehbar. Jede Teilnahme an öffentlichen Versammlungen innerhalb des Polizeiregiments Magdeburg wird Ihnen hiermit untersagt. Im Falle der Zuwiderhandlung wird Ihre sofortige Ausweisung erfolgen. Allen.“

Dem Dokument war gleichzeitig eine französische Übertragung beigelegt, damit ja kein Zweifel entstehe, daß Comorelli-Moret auch genau unterrichtet sei. Die Polizei hat ihm also nicht nur das Reden, sondern sogar das Besitzen eines in den Versammlungen erbotenen, obwohl ihr dazu das Verbotsgesetz keinerlei Handhabe bietet. Mit diesem Vorgehen der preussischen Polizei vergleiche man die Gesandtschaft, die deutsche Redner sind in Frankreich geübt.

Die Steuerfreiheit der Fürsten

Wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet und zwar aus der Feder des Reichstagsabgeordneten Dr. Komorow als Mitglied der Einheitspartei vorliegende in sich mit

den sonstigen Herrschaftsrechten auch die staatliche Steuerfreiheit und es erscheine begrifflich ausgeschlossen, daß ihm für seine Person die Entrichtung einer direkten Steuerabgabe an die von ihm selbst verkörperte Staatsgewalt obliege. — Es ist zuzugeben, daß nach dieser Auslegung des Begriffs „Souveränität“ die Besteuerung der Fürsten widerprüchlich erscheinen könnte, aber das liegt nur an der von der „Nordd. Allg. Ztg.“ beliebigen Definition des Begriffs Souveränität. Die Fürsten sind neben ihrer Eigenschaft als Landesherrn auch noch Privatleute, die über großen persönlichen Besitz verfügen, und dieser Privatbesitz der Fürsten hat mit der „Souveränität“ gar nichts zu tun. Wenn das bestehende Verfassungsrecht hier Unklarheiten läßt, den Fürsten eine Ausnahmestellung nach allen Richtungen hin einräumt, so beweist das nur die Notwendigkeit einer Modernisierung der mittelalterlichen Verfassung.

Aberglaube und Erbrecht des Staates.

Unter den neuen Steuervorlagen befindet sich auch das Erbrecht des Staates. Entfernte Verwandte sollen künftig, wenn kein Testament vorhanden ist, nicht mehr erben, an ihre Stelle tritt der Staat. Das Erbe wird dann zwischen Reich, Bundesstaat und Gemeinde aufgeteilt. Gegen dieses Erbrecht des Staates wenden sich mit aller Entschiedenheit die Konservativen, und die „Kreuzzeitung“ sammelt bereits eifrig Material, das gegen diese Steuer ins Feld geführt werden kann. Dieses Material ist um deswillen nicht ohne Interesse, weil sich aus ihm gewisse Schlüsse auf konservatives Geistesleben ziehen lassen. So läßt sich die „Kreuzztg.“ von einem Landarzt schreiben:

„Es besteht in vielen Kreisen, namentlich bei kleineren Leuten, aber auch in der sog. besseren Gesellschaft ein eigentümlicher Aberglaube, welcher viele Leute die Ansicht hegen läßt, daß eine Ordnung ihrer zeitlichen Verhältnisse, d. h. die Errichtung eines Testaments, für sie eine Verkürzung ihres Lebens bedeute. Wenn man ein Testament errichtet, stirbt man bald.“ Diese Aeußerung kann man häufig vernehmen, und die oft sehr notwendige Testamentserrichtung wird bei dem besten Wohlwollen für allenfalls in Betracht kommende entferntere Verwandte immer wieder hinausgeschoben, bis sie unmöglich geworden ist. In solchen Fällen kann es vorkommen, daß durch Ableben des Erblassers ohne Testament zu gunsten des Fiskus entfernte Verwandte benachteiligt werden, ohne daß dies im Willen des Erblassers lag, er war einfach infolge seines Aberglaubens so schwach, zu rechter Zeit das zu tun, was er eigentlich wollte.“ Statt nun diesen Aberglauben zu bekämpfen, kämpfen die Konservativen gegen das Erbrecht des Staates. Uebrigens sind auch bei der Beratung des Kurpfuschereigesetzes die Konservativen die eifrigsten Vertreter des Aberglaubens gewesen. Hoffentlich treibt sie der Aberglaube nicht noch dazu, daß sie überhaupt keine Steuern mehr zahlen werden.

Patriotischer Kapitalismus.

Je näher die Zahlung des Wehrbeitrages rückt, um so eifriger gehen anscheinend die Kapitalisten daran, ihr Geld ins Ausland zu retten. Die Mainzer Handelskammer sieht sich schon veranlaßt, eine öffentliche Warnung vor der Anlegung von Geldern bei auswärtigen Banken ergehen zu lassen. Die Anlage im Auslande biete Schwierigkeiten bei Rechtsverfolgungen und zudem sei der Zinsfuß in Deutschland nicht ungünstiger. In den Patriotismus appelliert die Handelskammer nicht, weil sie wohl einseht, daß das feinen Eindrud auf unsere Kapitalbesitzer machen würde.

Belgien.

Der Generalstreik zur Er kämpfung eines besseren Wahlrechts beginnt am heutigen Montag. Der Ministerrat hat beschlossen, während des Streiks den Belagerungszustand zu verhängen. Das ist das dümmste, was die Regierung tun konnte, denn jetzt werden die Massen erst recht aufgepeitscht. — Wir wünschen den belgischen Genossen den besten Erfolg in ihrem schweren Kampfe!

Spanien.

Ein „Attentat“. Auf den König sind gestern nach der Rückkehr von einer Truppenbesichtigung in Madrid von einem Geisteskranken mehrere Schüsse abgegeben worden, die jedoch nicht trafen. Der Täter, ein 25-jähriger Lichler namens Sanchez aus Barcelona, wurde verhaftet.

Balkan.

Montenegro hat sich bereit erklärt, wegen der Freilassung Skutaris in Kompensationsverhandlungen einzutreten. Geld lockt auch den größten Maulhelden! Die Blockade wird jetzt sehr streng durchgeführt. Von der See ist Montenegro jetzt vollständig abgeschlossen. In maßgebenden Kreisen hofft man, daß die vorläufigen Friedensbedingungen in einer Woche unterzeichnet werden können.

Die neue Militärvorlage und der Rüstungswahn.

Die Arbeiterschaft Lübecks eilte am Sonnabend abend in dichten Scharen nach dem Gewerkschaftshaus, um entschieden dagegen zu protestieren, daß dem Moloch Militarismus neue gewaltige Opfer an Gut und Blut in den gefragten, unerschöpflichen Reihen gestochen werden, und einmütig ihr Votum für den Völkervertrieb in die Wagschale der öffentlichen Meinung zu legen. Der große Saal war alsbald angefüllt. Kurz vor 9 Uhr bestieg der Reichstagsabgeordnete Gustav Koste-Chemnitz die Rednertribüne. Er führte u. a. folgendes aus:

In den großen Militärstaaten sind die besitzenden Klassen von einem gewissen Rüstungswahn befallen worden. Der deutsche Reichstangler meinte sogar, daß das ganze deutsche Volk diese Rüstung wolle. In Wirklichkeit sind die Profitinteressen der Interessenten der treibende Keil dafür. Hier wird fort treiben diese Volksauswucherer die Völker an den Rand des Ruins. Erst im vorigen Jahre sollte die Wehrvorlage alles bringen, was zu fordern war. Und nun stehen wir wieder vor einer solchen Schreckung. Wir Sozialdemokraten haben immer wieder gewarnt, doch endlich diesem Rüstungswahn Einhalt zu tun, der uns mehr und mehr der Spalte und Spaltung des Staatskontrakts entgegenreibt. Als die

Finanznote des Reiches am größten waren, als es 1908 galt, 400 Millionen Mark aus den Taschen der ärmsten Parteien zu holen, haben die Regierung und die bürgerlichen Parteien den Grundlag aufgestellt, daß keine Ausgabe ohne Deckung gemacht wird. Aber der Weg zur Hölle ist eben mit guten Vorsätzen gepflastert. Für soziale Aufgaben ist im Reich kein Geld vorhanden. Als wir gefordert haben, die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahren herabzusetzen, hieß es, dazu haben wir kein Geld. Und das waren nur 9 Millionen Mark. Und als wir bei der Reichsversicherungsbemühung bemüht waren, die Renten der Witwen und Waisen so zu gestalten, daß sie wenigstens zum trodden Brot ausreichten, was von 10, 9 und 8 Pfennigen nicht geschäftet werden kann, hieß es: Es ist kein Geld da und keine Ausgaben ohne Deckung! Das gleiche antwortete man auf die Forderung, die alten Veteranen in ihren Bezügen aufzubessern. Was hat es nicht für Kämpfe gekostet, ein paar Millionen für die Loder zu machen, die das Deutsche Reich mit ihrem Blute gekostet haben. Die Veteranen erhielten auf ihre Gesuche um den Ehrenlohn von 120 Mk. vielfach einen Briefbogen mit dem Reichsadler und der Bemerkung: „Ihr Anspruch wird als berechtigt anerkannt, aber Sie bekommen nichts, weil kein Geld da ist.“ Ueberall fehlte es und heute fordert die Regierung nicht weniger als eine Milliarde und 500 Millionen Mark. 136 000 Mann mehr Soldaten sollen auf die Beine gebracht werden. Aber die Rede des Reichstanglers vom Montag war eher ein Beweis dafür, daß die neue Wehrvorlage unnötig ist. Mitte Dezember des vorigen Jahres ließ der Kanzler von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklären, es sei nicht wahr, daß eine neue Rüstungsvorlage komme, lediglich 20 Millionen Mark sollen zu Aufschüßungen bereitgestellt werden. Nun hat die Regierung in drei Monaten so ungeheuer umgelernt. Diese rasende Vermehrung der Rüstungen wird damit begründet, daß sich eine Machtverschiebung vollzogen habe, die eine neue Verstärkung unserer Wehrmacht erfordere; auf der anderen Seite aber hat der Kanzler unsere Beziehungen als so gut hingestellt, daß der Friede für ewige Zeiten gesichert sei.

Sämtliche bürgerlichen Parteien haben mit mehr oder weniger Begeisterung ihre Zustimmung zu der Vorlage gegeben. Herr v. Payer hat erklärt, das Bürgertum stehe mit einem gewissen Fatalismus den Rüstungen gegenüber. Sie wagen gar nicht mehr Protest dagegen zu erheben, um nicht in den Verdacht der Vaterlandslosigkeit zu kommen. Wir Sozialdemokraten, die wir als die Vaterlandslosen hingestellt werden, bekommen nichtsdestoweniger immer größere Volkskreise auf unsere Seite. Trotzdem befürchten die Fortschrittler, mit uns in einen Topf geworfen zu werden. Wir Sozialdemokraten müssen uns damit abfinden, daß wir neben den paar Polen und Estländern die einzige Partei sind, die grundsätzlich diesen Wahnsinn ablehnen. Das was die Gegner tun, ist nicht ein Ausfluß der Vaterlandsiebe. In dem Programm der Sozialdemokratie steht nicht eine Forderung, daß die Landesverteidigung zu beseitigen sei. Im Gegenteil, so lange die kapitalistische Wirtschaft besteht, wird man sich gegen private Angriffe von außen schützen müssen. Wir fordern direkt die Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit, die Volksmiliz. Aber die herrschende Gesellschaft kennt eben nicht nur einen äußeren, sondern auch einen angeblichen inneren Feind. Darum braucht sie stehende Heere, die ihre „Ordnung“ verteidigen sollen gegen die Sozialdemokratie. Wenn wir den Rüstungen zustimmen wollten, so hieße das, sich selbst umbringen. Der letzte Bergarbeiterstreik hat gezeigt, daß die Arbeiter die Waffen scharfen würden, mit denen man unter den Arbeitern Blutbäder anrichten will. Es ist auch zu gegeben worden, daß, falls einmal ein Seemannstreik ausbrechen würde, die Marineoldaten den Betrieb aufrechterhalten würden. Die Sozialdemokratie hat sich für die Wehrhaftigkeit tatsächlich viel mehr ins Zeug gelegt als die Befehlshaber. Die von uns angestrebte Sozialreform hebt das Volk gesundheitslich. Wenn die Kinderarbeit abgeschafft und der Frauenlohn gefördert wird, so werden gesündere und kräftigere Menschen heranwachsen, daselbst wird durch die Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Nahezu die Hälfte aller jungen Leute konnten zum Militärdienst nicht für tauglich befunden werden. Ein trauriges Zeichen unserer sozialen Lage. Großzügige sozialpolitische Gesetze, Abschaffung der Nahrungs- und Wohlstandsfragen sind notwendig, um die Volksgesundheit und Wohlfahrt zu fördern. Es wird von zahlreichen Schulmännern zugegeben, daß eine enorme Zahl Kinder unterernährt ist.

Der Etat des vorigen Jahres sah allein 2000 Millionen Mark für Rüstungszwecke vor. Was hätte nicht alles von dieser Summe geschaffen werden können. Kein Jahr vergeht, wo der Militär- und Flottenetat nicht gesteigert wird. Raum eine Erfindung wird gemacht, die nicht in den Diensten der Armee gestellt wird. Genosse Singer hat seinerzeit hervorgehoben, daß nachdem das Luftschiffahrtsproblem gelöst war, die Menschheit friedlicher leben könne. Man hat jedoch die Luftschiffe nicht, um die Menschen einander näher zu bringen, sondern man benutzt diese herrliche Erfindung zu Werkzeugen des Massenmordes und der Massenvernichtung. Redner schildert dann die Geschichte der Flottenrüstungen, die sich in ähnlichen Bahnen bewegen, und stellt den deutsch-englischen Gegensatz in Parallele. Man träumt allen Erstes davon, England, dessen Macht durch seine natürliche Lage bestimmt ist, zu überwinden und als Herr der Welt aufzutreten. Wir Sozialdemokraten wollen der Vergewandung von Volkswormen entgegenzutreten und eine Verständigung herbeiführen. Bisher hat England immer zwei oder drei Schiffe gebaut, wenn wir eins auf Stapel legten. Auch im englischen Parlament hat man jetzt erklärt, mit Deutschland ein Abkommen über die Rüstungsbeschränkungen zu treffen. Leider ist wenig Aussicht dazu vorhanden, solange die Rüstungsinteressenten die Oberhand haben. Der Kriegsminister hat voriges Jahr erklärt, nur 110 Millionen seien nötig, um die Lücken zu füllen und das Reich voll wehrhaft zu machen. Derselbe Kriegsminister braucht jetzt 1 1/2 Milliarden zum Ausfüllen der Lücken. Aber die Erhöhung der Armee bringt nicht die vermehrte Wehrhaftigkeit, weil in den übrigen Staaten daraufhin ebenfalls der Rüstungstoller ausgebrochen ist. Redner schildert die Bestrebungen Frankreichs, der deutschen Rüstung durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit und Verlängerung der Wehrpflicht zu begegnen. Selbst der Kanzler habe diese Verdrücktheit zugegeben, wie seine Rede vom vergangenen Montag beweise. Der deutsch-englische Zustand sei jetzt besser als seit Jahrzehnten. Aber trotzdem die Heeresvermehrung. Und der Kanzler führt merkwürdigerweise das vermehrte politische Interesse der Völker als Grund für die Heeresvermehrung an, das gleiche, was wir als einen Abrüstungsgrund betrachten. Wir wollen gerade deshalb einen Versuch machen, die Völker zur Verständigung zu bringen. Das wird in den nächsten Tagen auch in der Schweiz versucht werden, um Frankreich und Deutschland näher zu bringen. Dieses Jahr bringt den Rüstungsinteressenten eine schwindelnde Profitrate. Dazu kommt die Einstellung von 4000 neuen Offizieren und sehr viele hohe Militärstellen, deren Inhaber dann die Tausende mehr einhebeln. Aber auch die Agrarier schlemmen dabei mit. 27 000 Pferde werden am 11. Oktober mehr eingekauft. Ein paar Duzend reiche Leute teilen sich da is einen Betrag von 15 bis 20 Millionen Mark. Diese Leute und ihre Helfershelfer sind es, die sich auch jetzt ins Zeug legen, keinen Mann und keinen Gaul weniger zu bewilligen. Wenn nun die Heeresvorlage in 14 Tagen unter Dach und Fach ist, so wird das bei der Dedungsorlage nicht der Fall sein. Da raufen die Herren untereinander. Man hat allerdings gesagt, diesmal würde eine ganz andere Steuerpolitik

betriffen. Es soll eine Bestimmung kommen, dank dem großen sozialdemokratischen Siege vom 12. Januar 1912. Man mag nicht mehr, mit neuen indirekten Steuern zu kommen. Wie werden sehen, daß die Begeliterung der Reichen schnell abflauen wird, wenn sie zahlen sollen. Die bisherige Art der Geldausbringung ging aber nicht so weiter. Redner schiedert dann ausführlich den Entwicklungsgang der deutschen Finanzwirtschaft von 1871 an bis heute. Von den französischen Milliarden bekamen Bismarck und Moltke Milliarden — den Dank des Vaterlandes. 1878 waren die welschen Milliarden verpulvert und dann ging das Pulver los, zurzeit sind wir schon bei der sechsten Milliarde Schanden. Man rüflet man sich, daß die deutschen Zinsen auch Opfer bringen, die bisher nicht einen Pfennig Steuern zahlten. In Sachsen erhebt man von 400 Mark Einkommen Steuern, der König hat 1/2 Millionen Zinslose und zahlt nichts. In Preußen hat der König 87 Rittergüter und 10 Millionen Zinslose und ist steuerfrei. Es heißt jetzt schon, daß die Zinsen nicht viel zahlen könnten, weil sie jetzt für ihre Schlösser ausgeben müßten. Man weiß bestimmt, daß die reichen Leute nicht zahlen wollen. Sie legen schon jetzt ihre Gelder in Amerika an. Sie befürchten, daß wir Sozialdemokraten der neuen Steuererhebung unseren Stempel aufdrücken. Konservativ und Zentrum haben sogar das Erbrecht des Staates ab. Jahr v. Camp habe erklärt, nur ein mal seien die Besitztenden bereit, 1/2 Prozent von ihrem Vermögen abzugeben, aber nicht fortwährend. Es wird ja auch die Zuluener beibehalten, die pro Pfund 7 Pfennig beträgt. Wiederholt hat der Reichstag diese Steuer herabzubrüden versucht, wiederum wird sie beibehalten, um Pulver davon zu bezahlen. Ein Grund mehr für die Sozialdemokraten, ihre ganze Macht für die Abschaffung der Erbschaftsteuer anzuwenden. Der Reichstag wird sehr interessanten Auseinandersetzungen entgegengehen. Werden die Nationalliberalen fest, so ist eine Mehrheit der Linken für die Erweiterung der Besitzsteuer da. Die Regierung hat allen Anlaß, ohne den Appell an das Volk, ihre Vorträge durchzubringen.

Für uns Sozialdemokraten gilt es jetzt wie immer, sozialdemokratisches Empfinden in die weitesten Kreise unseres Volkes hineinzufragen, damit unsere Bestrebungen, die die Förderung der Volkswirtschaft und des Kulturfortschritts bedeuten, der Sieg wird. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Vom Vorstehenden Genossen Löwig wurde sodann folgende Resolution, die eingegangen war, verlesen:

„Die Versammelten erheben entschiedenen Einspruch gegen die ungeheuerlichen Forderungen der neuen Heeresvorlage. Sie protestieren gegen die unaufrichtige Steuerung der Rüstungen, die das gespannte Verhältnis zwischen den Mächtegruppen Europas schärfen, den Frieden bedrohen und mit ihren Opfern an Gut und Blut die Kraft der Völker zermürben. Mit gleicher Entschiedenheit protestieren die Versammelten gegen den schwindelhaften Versuch, eine wirkliche Lösung der Deckungsfrage zu umgehen durch allerlei unzureichende und bedenkliche Auslastungsmittel, durch die zum Teil wieder der Konsum der Massen, der Geschäftsverkehr und der Mittelstand belastet werden. Sie protestieren gegen das Unternehmen, den Jantern die Möglichkeit zu geben, in den Landtagen einen erheblichen Teil der Steuern auf Prätentat und Mittelstand oder auf das Gewerbe abzuwälzen. Sie protestieren ferner gegen die Begünstigung der großen Vermögen in der Gestaltung des Wehrbeitrags zugunsten der Kleinen. Sie fordern für den Fall der Bewilligung der Heeresvorlage die Deduktion der Kosten durch progressive Besteuerung des Vermögens und des Erbes von Reichs wegen. Die Politik der gigantischen Rüstungen ist das Ergebnis des Imperialismus, der neuesten Phase des Kapitalismus, des Strebens der herrschenden Klassen nach Erweiterung ihres Ausbreitungsgebietes und des feindseligen Gegensatzes, der daraus zwischen den herrschenden Klassen der großen Weltmächte erwächst.“

Der Kampf gegen den Militarismus muß daher ein Kampf sein gegen seine Wurzel, gegen den Imperialismus, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus! Die Versammelten verpflichten sich, in diesem Kampf mit allen Kräften, durch Anknüpfung an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse einzutreten.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß im Amtsblatt der junferliche Vorschlag, die Klassen der Gewerkschaften zur Deduktion heranzuziehen, befürwortet werde. Man möchte also die Großen, die die Arbeiter zusammenbringen, um ihre Lage zu verbessern und sich bei Arbeitslosigkeit und Krankheit zu unterstützen, gegen die Arbeiter verwenden. (Lebhafte Zustimmung!) Die bürgerliche Presse, die solche wahnwitzigen Vorschläge macht, sollte keinen Arbeiterhaushalt mehr besüßeln.

In der Resolution ist auch gesagt worden, die Organisationen zu stärken. Der Protokoll ist also nicht mit Hände aufheben allein geschieden, sondern er verpflichtet Sie, den letzten Mann für unsere politische Organisation heranzuziehen.

Hierauf wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Friedenspartei geschlossen. Und der Abzug der Massen durch die Johannisstraße bot das Bild einer gewaltigen Demonstration.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 14. April.

Einen kommunalen paritätischen Arbeitsnachweis forderte in einer Versammlung der Lübecker Hirsche der Berliner Schuhmacher. In der Begründung dieser Forderung wurde von dem Herrn weiblich auf die bestehenden paritätischen Facharbeitsnachweise geschwungen, durch welche die Zahl der „bürgerlichen Arbeiter“ wesentlich geschwächt sei. Es wurde beschlossen, eine entsprechende Eingabe an den Senat zu richten. Das Amtsblatt schreibt dazu: „Man gab sich der Hoffnung hin, daß diese Forderung auch in den Kreisen der Bürgerlichkeit Verständnis findet, da die Hirsche-Dunderschen Gewerkschaften auf bürgerlichem Boden stehen und in Zeiten der Wahlen auch das Bürgerium unterstützen.“ Danach soll der ins Leben zu rufende kommunale paritätische Arbeitsnachweis also eine Bezeichnung der Hirsche für geleistete Wahlhilfe darstellen. Das gibt der ganzen Sache erst den richtigen Charakter.

Kontrollversammlungen im Rodenhof. Am Dienstag, dem 15. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1906 und 1907. Am Dienstag, dem 15. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1908 und 1909.

Das Lübecker Sommertheater, das bekanntlich unter der Direktion des Herrn Ernst Albert, der sich als vortrefflicher Künstler unserer städtischen Bühne die Empfinden weiter Kreise unserer Stadt erworben hat, in der Stadthalle Vorstellungen geben wird, gibt soeben das Verzeichnis seiner Darsteller und der anzuoffenen Nummern heraus. Unsere Leser finden es im Anhangsteil der heutigen Ausgabe des „Lübecker Volksboten“. Daraus ist ersichtlich, daß eine Reihe der ersten Künstler des Stadttheaters auch im kommenden Sommer in Lübeck wesen wird. Wir nennen nur die Namen Selma Wulfe, Gabriele Klerow, Martha Römer, Julius Heydecke, Hoz, Schärer und Rowan; sie verdrängen, daß

wirklich erschlaffte Aufführungen zu erwarten sind. Sogar das Ballett fehlt nicht. Unter den angekauften, bisher in Lübeck nicht aufgeführten Werken befindet sich auch die erfolgreiche Komödie „Kater Lampe“ unseres viel zu früh verstorbenen Genossen Kolenow, ferner Gehart Hauptmanns ausgezeichnetes Schauspiel „Gabriel Schillings Nacht“, die wertvolle Teile des Spielplans bilden werden. Die Eintrittspreise sind außerordentlich niedrig festgesetzt worden. Hoffentlich lohnt das Lübecker Publikum die von künstlerischem Geist zeugenden Vorstellungen der Leitung unserer Sommerbühne durch zahlreichem Besuch.

Ein Matrose wegen Kindesmord verhaftet. Am Sonntag wurde hier der Matrose Jander aus Langja an Bord eines Lübecker Dampfers verhaftet. Er gestand, am 1. März am Bremer Leuchtturm sein vier Monate altes uneheliches Kind in die Ostsee geworfen zu haben.

Der Lustmord bei Bargsee. Der in Lübeck festgesetzene und nach Altona übergeführte Arbeiter Schroder, der verdächtig ist, die Chefrau Baumgart ermordet zu haben, wurde Sonntag dem Untersuchungsrichter zugeführt. Sch. konnte sein Alibi noch nicht einwandfrei nachweisen, so daß er vorläufig noch in Haft bleibt.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm): „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 15. April, „Kaiserin Auguste Viktoria“ ab Hamburg 17. April, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremen 22. April, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 26. April, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 29. April, „Amerika“ ab Hamburg 1. Mai, „George Washington“ ab Bremen 3. Mai, „Kaiser Wilhelm der Große“ ab Bremen 6. Mai, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 13. Mai. Postschiff nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe sind Schnellposten oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitzettel wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

pb. Taschendiebstahl. Gemittelt wurde eine hier wohnhafte Frau, die gehändig ist, in vielen Fällen Taschendiebstahl ausgeübt zu haben. Die Diebstähle wurden in der hiesigen Markthalle, vor dem Schaufenster der Warenhändler von Karstadt und Hostenhaus, sowie auf dem letztjährigen hiesigen Weihnachtsmarkt und auch beim Verkauf von Heringen bei der Dohlerbrücke ausgeführt.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Zichow wegen Diebstahls eines Anzuges.

wb. Stadthallen-Theater. Sein Schmerzenskind, Schwan in drei Akten von W. Jaksch, besticht sich der neue lustige Schläger des Berliner Ensemble-Gespiels. Die Hauptrolle liegt in den Händen des Herrn Thiel, der einen muckrischen Rentier spielt, dem über Nacht die von ihm gehaltenen und belämpften, in der nächsten Nachbarschaft gelagerten Amortale — sein Schmerzenskind — als Erbschaft zugefallen sind und Geld wie Heu einbringen. Der Thiel erzieht für seine zweifelhafte hinterhand Komit wahre Bestallung. Seine bessere Hälfte, unter deren Pantoffel er kauft, wurde von Franziska Heuberg er sehr gut interpretiert. Die beiden Töchterrollen lagen in guten Händen. Elita Perma hat noch nie versagt und ihre geistige Partnerin — die junge Lübeckerin Kitty Helmar — zeigte, daß ein noch vielversprechendes schauspielerisches Talent in ihr schlummert. Sie ist schon jetzt eine ganz nette Liebhaberin. Guy Johnson war als Regisseur und Champaqneragent gleich gut und Friedrich Ambrohn stellte als Vizekonful Helwig eine prächtige Laterolle auf die Bretter. Karl Fischer und Meta Lang waren als schickliches Ehepaar gleich gut. Das fast ausverkaufte Haus applaudierte kräftig. Der postenhafte Schwan sticht angenehm von dem „Modell“, dem „Kilometermesser“ und ähnlichen Darbietungen ab.

Ein literarischer Abend veranstaltet am morgigen Abend der Schauspieler Sigismund Efeld aus Breslau im Saal mit Elisabeth Dauberg im Grünen Saal des Stadttheaters. Das Programm ist sehr interessant und reichhaltig.

Mia Nielsen gilt gegenwärtig als die bedeutendste Kinokünstlerin. Wohl mit Recht, denn wie sie in den modernen Kinodramen, von deren sonstigen Qualität wir hier nicht reden wollen, jede Empfindung, jede feinste Regung zum Ausdruck zu bringen versteht, ist geradezu bewundernswert. Gegenwärtig wird in der Tonhalle, Schmiedestraße, das vieraktige Drama „Der Tod in Sevilla“ mit Mia Nielsen als Juanita gezeigt. In bunter Abwechslung reihen sich die lebendigen Bilder aneinander, deren Mittelpunkt die Nielsen ist. Es ist anzunehmen, daß das Interesse des Publikums sich in großem Maße diesen Vorstellungen zuwenden wird.

Eine S-Bahn. Die Weltfirma Hugo Haase A. G. wird mit einer Figur-S-Bahn von Hamburg am Mittwoch, dem 18. April, per Extrazug hier eintreffen.

Schwartau-Neufeld. Der Turnverein „Sichetrans“ hat die Gründung einer Schülerriege vorgenommen, zu der sich bereits 40 Knaben gemeldet haben. Das Turnen beginnt für dieselben am Dienstag, den 15. April, abends 7 Uhr im Turnlokal „Hotel Kronprinz“, woselbst weitere Anmeldungen entgegengenommen werden. Wir möchten nun die Eltern eruchen, ihre Kinder nicht mehr wie bisher in den bürgerlichen Turnvereinen zu schicken, sondern sie zum Arbeiter-Turnverein kommen zu lassen.

Hamburg. Eine neue Muttat beschäftigt die Kriminalpolizei. Am Sonntag morgen gegen 5 Uhr fand ein Wächter der Baudeputation an der Ecke Lohkoppel- und Schleidenstraße auf dem Fahrbaum den unverheirateten 43jährigen Kutcher Johann Sommer aus der Großenstraße tot auf dem Gehsteig liegend auf. Auf dem Rücken des Toten lag eine 150 Pfund schwere eiserne Wechsellur vom Ziel. Die Hände steckten in den Oberlehtartschen. Der Hinterkopf wies eine sieben Zentimeter lange, klaffende Wunde auf. An der Stirn und auf dem Nackenrücken befand sich ein Hestpflaster. Die Leiche wurde dem Hain-Frankenhaus zugeführt. Es wird angenommen, daß Sommer an einem anderen Orte erschlagen und dann nach der Fundstelle geschafft worden ist. Die Kriminalpolizei war am ganzen Sonntag tätig, um festzustellen, wo der Tote verkehrte. Man hat jedoch noch keine Anhaltspunkte gefunden. — Mit dem Bramfelder Mord wird ein grausiger Fund in der Außenkammer in Verbindung gebracht. Am Sonntag morgen suchte man dort den Kopf einer menschlichen Leiche auf, der sachkundig vom Kumpfe getrennt war. Die Kopfhaut und die Haare fehlten bis auf einen kleinen Büschel am Nacken. Der Fund wurde den Eltern des verschwundenen Kontorboden Müller im Hain-Frankenhaus gezeigt, doch konnten diese nicht feststellen, ob es sich um den Kopf ihres Sohnes handelte, da die schon weit vorgeschrittene Verwesung jedes Erkennen ausschloß.

Schönberg. Mecklenburgische Verfassungsreform. Dinstags wird mitgeteilt, daß die Regierung von Mecklenburg-Strelitz den Ständen einen Verfassungsentwurf über die Zusammenfassung des Neu-Strelitzer Landtages zugehen ließ, der von dem Schweriner Entwurf erheblich abweicht. Der Neu-Strelitzer Landtag soll nach diesem Entwurf zusammengesetzt sein aus 5 Vertretern der Ritterschaft, 5 der Landschaft, je einem Vertreter des Großherzogs und des Fürstentums Rügen und 10 gewählten Abgeordneten. Von den zu wählenden Abgeordneten entfallen 4 auf das

Land, 4 auf die Städte und 2 auf das Fürstentum Rügenburg. Als Wahllokal ist vorgesehen: indirekte Dreiklassenwahl mit öffentlicher Stimmabgabe. — Der Schweriner Landtag soll unter 82 Abgeordneten 24 Vertreter der Ritterschaft und 24 Vertreter der Landschaft wählen, so daß die alten Stände von vornherein die Mehrheit besitzen. — Und das nennt sich dann „mecklenburgische Verfassungsreform“.

Erkerjörde. Grobfeuer auf einem Baverner Hof. Auf dem Bahrenhofs Erkerjörde bei Groß-Summelfeld kam Sonntagabend Grobfeuer zum Ausbruch. Alle Gebäude des großen Anwesens sind niedergebrannt. Ein großer Teil der Viehbestände kam in den Flammen um. Bei den Rettungsarbeiten wurde ein Feuerwehmann getötet und drei Feuerwehrleute verletzt.

Uferabte. Die Uferabte Mühle niedergebrannt. Bei dem heftigen Winde am Freitag zerbrach der Bolzen der Welle in der großen Uferabte Mühle. Die Mühle begann einen rasenden Tanz, wodurch die Welle in Brand geriet. Die Mühle, die drei Gänge besaß, brannte vollständig nieder. Nur die dicken Umfassungsmauern blieben stehen. Der Schaden ist groß, da auch erhebliche Mengen von Bohnen in der Mühle lagerten. Diese stammte aus dem Jahre 1818.

Oldenburg. Malermeister's Not und Hilfe. Die einzige Stadt, in der die Malermeister einen vollen Erfolg mit ihrer Flussperenna erreicht haben, ist Oldenburg i. Gr. Von 38 Meistern werden Gehilfen beschäftigt. Alle 38 haben angegespart. Die Einigkeit geht aber auch dort in die Länge, denn drei Firmen haben bemittelt. Nachdem die Versuche des Unternehmervereins, die Bewilligung rückgängig zu machen, sich als fruchtlos erwiesen hatten, erhielten die Material-Lieferanten dieser Firmen folgenden Schreiben: „An die Herren Fabrikanten und Kaufleute der Farbenbranche.“

Der Malermeister Luffen verhält sich in unserem schweren Tarifkampf unolidarisch. Nicht allein, daß er seine organisierten Gesellen wieder eingekleidet hat, sondern er hat auch neue Leute dazu genommen. Sein Verhalten ist geradezu skandalös und hat den Unwillen der gesamten Meisterschaft hervorgerufen. Alle gütlichen Vorstellungen führten zu keinem Erfolge.

Wir richten nunmehr an Sie die höfliche Bitte um Unterstützung. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie

- 1) dem Herrn keine Materialien liefern, so lange der Kampf dauert;
- 2) sofern Sie noch irgend welche Forderungen an Benannten haben, diese künftighin sofort mit 24stündiger Frist unterlassen und jede weitere Kreditgewährung unterlassen, bis der Kampf beendet ist.

Könnten wir uns Ihrer Zusage nach beiden Richtungen erfreuen, so wird Ihnen der Dank unserer Kollegen sicher sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand der Zwangsvereinigung der Maler u. Lackierer.
Der Vorstand des Arbeitgeber-Unternehmensverbandes.

Terroristen wollen die Herren aber immer noch genannt sein. Auch der Vorsitzende des Unternehmervereins steht sehr in der Hitze. Damit er nicht in die Verführung kommt, auch unzufallen, werden ihm diverse Materielinge zur Sonntagsarbeit geliehen. So hat er am Sonntag, dem 6. April, seine beiden Lehrlinge neben 4 anderen — darunter die Lehrlinge des Obermeisters — von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in einem von ihm erworbenen Hause mit Malerarbeiten beschäftigt. — Die kleinen Malermeister sind doch tüchtige Strategen.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gastierte gestern Abend Herr Erb vom Singsängertheater als Rudolf in Puccinis Oper „La Bohème“. Da die Partie eine rein lyrische ist, so lag sie dem hier sehr geschätzten Künstler besonders gut. Gelänglich wie darstellerisch bot Herr Erb eine reife Leistung, die auch von innerem Mitleben zeugte. Ihm zur Seite stand Frau Schmidt als ausgezeichnete Mimik sowie die Herren de Garmo, Fabian, Barth und H. Overhoff in den übrigen größeren Rollen. Das Theater war stark besetzt.
P. L.

Bürgerliste.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

- Quantitätsleiter Ahrens, Zeichner Anderssen, Hafenarbeiter Andersson, Arbeiter Baard in Moising, Arbeiter Baetels, Bautechniker Behrens, Arbeiter Bells, Arbeiter Bencke, Arbeiter Boeckmann, Arbeiter Börmel, Kutcher Bohnack, Kutcher Boll, Schenkwirt Brede, Lehrer Brüggemann, Uhrmacher Buck, Briefträger Bürger, Arbeiter Creutzfeld, Höter und Maschinenbändler Damm, Eisenbahnwagenschieber Dieckmann, Schlossergeselle Dornheim, Lehrer Dräger, Fabrikarbeiter Dreyer, Straßentiergärtner Dütkoop, Geschäftsführer Ennet, Maurergeselle Giemann in Travemünde, Lehrer Govers, Gemüsegärtner Fischer, Architekt Friedrichs, Kutcher Fröhlich, Handfärbereigroßh., Eisenbahnkassierer Grünmader, Lehrer Haack, Schneidermeister Hagen in Sierkerade, Lehrer Haanen, Handlungsgehilfe Harms, Lehrer Heins, Lehrer Hennung, Arbeiter Hillers, Kaufmann Hum, Arbeiter Höpner, Schlossergeselle Hoft, Arbeiter Holz, Arbeiter Habs, Kutcher Jäger, Weinarbeiter Jarchow, Schenkwirt Kleinsorge, Geschäftsführer Köpner in Travemünde, Arbeiter Kost, Träger Roth, Eisenbahnwagenführer Kragmann, Schneidergeselle Kröger in Travemünde, Arbeiter Klöcker, Arbeiter Krüger, Bahnwärter Labinsky in Moising, Arbeiter Langpaw, Eisenbahnwagenführer Lehmfahl, Schlächter und Fleischwarenhändler Leichhorn, Lehrer Lüdemann, Kaufmann Lüthje, Fuhrer Maack in Borrade, Höfer und Maschinenbändler Meyen, Eisenbahnassistent Müller, Ziegelarbeiter Müller in Genin, Fuhrmann Muus, Anstreicher Pisch, Arbeiter Ringel, Zollaufseher Platz, Schneidergeselle Plagemann, Bureaugehilfe Pöfel, Schneidergeselle Prahl, Kaufmann Reum, Straßenwagenführer Reimann, Arbeiter Rötger, Schneidermeister Reuter, Bureaugehilfe Schaper, Arbeiter Schack, Handlungsgehilfe Schleicher, Kaufmann Schmadel, Tischlergeselle Schmal, Arbeiter Schmutz, Verkäufer Schomann, Arbeiter Schwabach in Moising, Schenkwirt Schwanz, Kutcher Seemann, Weinarbeiter Sielaf, Arbeiter Spies, Eisenbahnkassierer Stoppel, Lehrer Steffen in Schlump, Privatmann Steimatt, Schlossergeselle Steinfatt, Lehrer Sternberg, Kutcher Steiner, Kutcher Tamn, Kaufmann Treppau, Arbeiter Utermann, Lehrer Wand, Malermeister Wegner, Bäckereiwerkmeister Wilkermann, Kutcher Wism, Lehrer Wulff.

Sie haben am 29. März 1913 vor dem Senate den Bürgerwerb geleistet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwarg, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Rüstet zur Maifeier!

Parteigenossen! Gewerkschaftsmitglieder! Nur noch einige Wochen trennen uns vom 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeit, an dem die Lübecker Arbeiterschaft vereint protestieren soll:

Gegen die wahnsinnigen Kriegsrüstungen, gegen die wirtschaftliche Ausbeutung u. gegen die politische Entrechtung!

Arbeiterschutz! Völkerfrieden! Gleiches Recht für alle!

Das sind die Forderungen des 1. Mai!

In diesem Jahre fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Ruhetag. Die Geißel der Hungerpeitsche ist dem aussperrungslustigen Unternehmertum entwunden. Die gesamte Arbeiterschaft Lübecks ist in der Lage, das Fest der Arbeit einmütig zu begehen. Und gerade in diesem Jahre hat die Willenskundgebung der klassenbewußten Arbeiterschaft eine erhöhte Bedeutung. Die bürgerlich-patriotische Gesellschaft hat die Erinnerung an die Freiheitskriege zu der widerlichsten chauvinistischen Verhehlung benutzt. Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat sich mit Recht von diesen Jahrhundertfeiern ferngehalten. Darüber verwunderte sich die herrschende Gesellschaft, obwohl sie Tag für Tag den Arbeitern politische Rechlosigkeit und wirtschaftliche Ausbeutung in Herz und Hirn hämmert. Es ist die Pflicht eines jeden Arbeiters, die Maifeier zu einer gewaltigen, imposanten Demonstration gestalten zu helfen. Zeigt der herrschenden Gesellschaft durch die Macht eurer Zahl den Willen, nicht eher zu ruhen, bis die Maiforderungen des Proletariats erfüllt sind. Sorgt schon jetzt in den Fabriken, Werkstätten, Kontoren, auf den Bauten und Arbeitsplätzen dafür, daß der letzte Arbeiter sich an der Feier beteiligt!

3074

Hoch die Solidarität der Arbeit! Hoch der Völkerfrieden! Hoch der 1. Mai!

Lübecker Sommertheater

in den Stadthallen. Pächter: Paul Steffen.
Direktion: Ernst Albert.

Spielzeit von Sonntag, den 18. Mai bis Sonntag, den 14. September 1913.

Darstellende Mitglieder.

Ernst Albert, humor. Väter (Regie), Lübeck.	Otto Bögel, Väter, 1. Chargen, Bamberg.	Selma Wuttke, sentiment. Liebhaberin, Lübeck.	Johanna Riccardo, naive Liebhaberin, Oppeln.
Mias Heydecker, 1. Komiker (Regie), Lübeck.	Erich Folgen, jugendliche Chargen, Tüftel.	Marianne Heydecker, Lustspielsoub., Lübeck.	Rosa Kersebaum, 1. Chargen, Regensburg.
Paul Hoss, 1. Donizetti u. Liebhaber, Lübeck.	Paul Schneider, 2. Liebhaber, Lübeck.	Dora Kaps, muntere Liebhaberin, Lübeck.	Gusti Janson, 2. komische Alte, Lübeck.
Rich Nowack, Charakterrollen, Lübeck.	Jeannot Jansson, Chargen (Bühneninst.), Lübeck.	Martha Römer, Salonbamen, Stenßburg.	Grete Hamel, bürgerliche Mütter, Breslau.
Adolf Schürer, jugendl. Liebhaber, Lübeck.	Emil Richter, 2. Komiker, Bromberg.	Gabrielle Klerwien, 1. Gelangssoub., Bielefeld.	Frieda Held, Lübeck.
Karl Wilhelm, jugendlicher Komiker, Erfurt.	Carl Bryner, Naturburschen, Berlin.	Helga Bally, Anstandsamen, Düsseldorf.	Irma Rothe, kleine Rollen, Kiel.
Friedrich Ambronn, Väterrollen, Berlin.	Wilhelm Riechert, kleine Rollen, Berlin.	Felicia Postel, 1. kom. Alte, Kiel.	Ida Lüdemann, Berlin.
Fritz Häbel, Liebhaber u. Donizetti, Weußen.	Friedrich Ernst, kleine Rollen, Stuttgart.	Magda Reichardt, weibl. Charakterroll., Meißn.	Hedwig Bertholdy, Stettin.

1. Kapellmeister: Hermann Weigert, Lübeck.

Ballett: Martel Li-Mann, 1. Solotänzerin, Lübeck. Martel Eulenberg, 1. Solotänzerin, Hamburg (Stadttheater). Tänzerinnen: Henny Müller, Lübeck. Grete Niemeier, Berlin.

Für Lübeck angekaufte Novitäten.

„Die Generaldecke“, Lustspiel in 3 Akten von H. Stowronck.	„Wicelchen“, Lustspiel in 3 Akten von Leo Lenz.	„Filmzauber“, Musikalischer Schwank mit Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Bernau-Schanzer, Musik v. Wredschneider.
„Der lächelnde Knabe“, Scharzspiel in 3 Akten v. Max Drener.	„So'n Windhund“, Schwank in 3 Akten von Kraus-Hoffmann.	„Julchens Flitterwochen“, Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Reimann-Schwartz.
„Kater Lampe“, Sentimentale Komödie in 4 Akten von Emil Nojcew.	„Der Hotelregisseur“, Schwank in 3 Akten von Leo Kastner.	„Gabriel Schillings Flucht“, Gerhart Hauptmanns neuestes Schauspiel.
„Das kleine Schokoladenmädchen“, Lustspiel in 4 Akten von Cavonius-Schönthau.	„Der Austauschprojektor“, Schwank in 3 Akten von Lenz-Hartung.	„Der gute Ruf“, Hermann Sudermanns neuestes Schauspiel.
„Eheferien“, Lustspiel in 3 Akten von R. Friedrich Evers und Otto Meierhanien.	„Hedewerth“, Lustspiel in 3 Akten von Ernst Albert.	

Andere erfolgreiche Novitäten finden sofort nach Erscheinen Berücksichtigung. — Neu einstudiert werden nur bewährte allgemein beliebte Stücke. Balletteinlagen (Charakter- und moderne Tänze) in allen Kassen, Operetten und musikalischen Schwänken.

Repertoire der ersten 12 Tage (außer durch Krankheit, unveränderlich).

Samstag, 18. Mai: Demosthenischer Eröffnungsprolog von Ernst Albert, hierauf: „So'n Windhund“ (Novität).	Donnerstag, 22. Mai: „So'n Windhund“.	Montag, 26. Mai: „Der Weichenfresser“.
Sonntag, 19. Mai: „Schmetterlingsblacht“ v. Sudermann.	Freitag, 23. Mai: „Hand der Sabierinnen“.	Dienstag, 27. Mai: „Das kleine Schokoladenmädchen“.
Montag, 20. Mai: „Die Erbtante“, einmaliges Lustspiel von Jarry Scheuren vom Stadttheater in Königsberg.	Sonnabend, 24. Mai: „Schmetterlingsblacht“.	Mittwoch, 28. Mai: „Mamzelle Nitouche“ (Ballett).
Dienstag, 21. Mai: „Das kleine Schokoladenmädchen“, Novität.	Sonntag, 25. Mai: Erste Operetten-Vorstellung: „Mamzelle Nitouche“ (Ballett).	Donnerstag, 29. Mai: „Die Generaldecke“ (Novität).

Preise der Plätze (jeder Platz ist numeriert).

Tagessbillet	Dugendbillet	Passepartout	Tagessbillet	Dugendbillet	Passepartout
Markt	Markt	Markt	Markt	Markt	Markt
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

Die Tagessbillet und Passepartouts haben für alle Vorstellungen, außer ein paar Festvorstellungen, Gültigkeit. Die Dugendbillet müssen in den Vorverkaufsstellen vor dem Beginn gegen Tagessbillet umgetauscht werden. Vorverkaufsbüro gibt es nicht.
Vorverkauf: Rechte Seite bei Friedrich Nagel, Markt 538. — Linke Seite bei Heinrich Base, Breite Str. und Johannisstr.-Ecke. Fernruf 2191.
Dugendbillet und Passepartouts sind von heute ab ebenfalls, sowie auch durch den ergebenden Unterzeichneten zu haben.
Das Theater, welches mit in den 5 Jahren meiner hiesigen Tätigkeit am Stadttheater in so liebenswürdiger Weise entgegengebracht wurde, bitte ich mir auch bei dieser Verabschiedung gütigst bewahren zu wollen.
Es ist mir gelungen, allererste Ränge zu engagieren, sowie die erfolgreichsten Novitäten anzukaufen, und wird es mein einziges Bestreben sein, Hand in Hand mit meinem Personal, den Gästen zu dienen.
Die Preise der Plätze sind, namentlich durch die Dugendbillet, so bemessen, daß sich nicht nur alle Kreise des mir so lieb gewordenen Lübecks am Theater erfreuen können, sondern auch der große Fremdenverkehr seine Befriedigung haben wird.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Dir. Ernst Albert, Herzogl. sächs. Hoftheater.

Die Deckungsvorlage vor dem Reichstag.

(Vierter Tag.)

130. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, Lisca, Delbrück, Späcker der Reichskanzler.

Die Beratung der

Deckungsvorlagen

wird fortgesetzt.

Gothein (SP.): Die beabsichtigte Stärkung des Kriegsschatzes durch 120 Millionen Mark Silber und durch Ausgabe von 120 Millionen neuer Reichsschatzscheine ist nicht unbedingt, zumal die Gefahr eines Krieges zwischen europäischen Großmächten außerordentlich gering ist. Der Reichskanzler meinte, an seinen Rüstungen sei noch kein Staat zu Grunde gegangen. Der bekannte Historiker Fröbel sagt aber das Gegenteil, indem er darauf hinweist, daß die abenteuerliche Steigerung der Rüstungsausgaben in Österreich zum Zusammenbruch geführt habe. Ebenfalls haltbar ist die Meinung des Reichskanzlers, daß Deutschland im Wohlleben und Luxus degenerieren würde. Die Statistik zeigt uns, daß in den letzten Jahren die Schlachtungen von Vieh außerordentlich zurückgegangen sind und daß die Armenlisten der Kommunen sich bedeutend gesteigert haben. Der Reichskanzler hat keine Ahnung, wie schwer das Volk unter der ständig wachsenden Teuerung zu leiden hat, die eine Folge der Zollpolitik ist. In dieser Zollpolitik ist auch Graf Posadowsky aus seiner Amtszeit her in hohem Grade mitschuldig. Er hatte also wenig Veranlassung über Wohlleben und Luxus zu klagen. (Sehr richtig! links.) Beim Wehrbeitrag haben wir das merkwürdige Bild erlebt: Herr Dr. David als Erzieher des Bundesrats. (Heiterkeit.) Uebrigens bedeutet die Erhebung dieses Wehrbeitrags einen solchen Eingriff in das wirtschaftliche Leben, daß es doch besser wäre, die einmaligen Ausgaben durch Reichsschatzscheine zu decken, die in gleichen Raten bis zum Jahre 1923 getilgt sein müßten. Eine richtige Erfassung des Vermögens ist nur möglich durch eine dauernde Vermögenssteuer, kontrolliert durch eine Erbschaftsteuer. (Sehr richtig! links.) Das Verfahren wie es jetzt auf den Umwegen über Einzelstaaten vorgehen ist, bedeutet direkt eine Prämie auf die Steuerhinterziehung der Einzelstaaten. Der Antrag scheint von Bayern oder Mecklenburg ausgegangen zu sein, wo noch keine Vermögenssteuer besteht und wo man sich auf diese Weise von einer späteren stärkeren Heranziehung zu Matrifularbeiträgen drücken kann. Die Deckungsvorlagen beweisen wieder die Nichtigkeit meines früheren Wortes: Bundesrat Dein Name ist Schwachheit! (Heiterkeit.) Mit Rücksicht auf die Parlamente der Einzelstaaten hat es der Bundesrat nicht gewagt, die Erbschaftsteuer zu beantragen. Er scheint sich offenbar danach, daß ihm vom Reichstag diese Steuer vorgezogen wird. Nun, er kann sich auf uns verlassen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Voraussetzung einer durchgreifenden Ordnung der Reichsfinanzen ist eine qualifizierte Reichsvermögenssteuer. Natürlich müssen auch die Einkommen bis 10 000 Mark heran, und wenn man bei den pensionsberechtigten Beamten auf 6000 bis 7000 Mark heruntergehen würde, so könnten die vielen Mitglieder des Wehrausschusses, die in diesen Kreisen sind, einmal praktisch ihre patriotische Opferwilligkeit beweisen. (Sehr gut! links!) Wir müssen einmal aus dem allgemeinen Betrübnis herauskommen, wenn wir nicht an der Kulturentwicklung überhaupt verzweifeln sollen. (Beifall links!)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Wolff betont dem Vorredner gegenüber, daß der Vorschlag der Vermögensveranlagung für den Wehrbeitrag durch die Bundesstaaten nicht von Bayern ausgegangen sei. Er weist den Vorwurf zurück, als wolle sich Bayern von der stärkeren Heranziehung zu Matrifularbeiträgen drücken.

Schrens (Wirtsch. Vgg.): Das große Interesse, das gerade die Arbeiter an einem starken Deutschland haben, wird

von der Sozialdemokratie nicht beachtet. Finanziell können die neuen Lasten angesichts des gestiegenen Volkswohlstandes ertragen werden. Wir stimmen dem Prinzip des Wehrbeitrages zu, aber die Vermögensgrenze muß heraufgehoben werden.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Trotz der zum Teil recht scharfen Kritik, die an unseren Vorschlägen geübt wurde, habe ich den Eindruck, daß Reichstag und Bundesrat gleichermassen erfüllt sind von der Größe der Aufgaben, die uns gestellt sind und die die Sorge für unsere Rüstungen und die Ordnung des Finanzwesens im Reiches uns auferlegt. Ich bin deshalb so optimistisch aus Ihrer Kritik nicht lediglich eine Beurteilung unserer Vorschläge herauszuhören, sondern das Bestreben, die Vorschläge zu verbessern. Wo Sie uns Verbesserungen vorschlagen, werden wir gern bereit sein, sie anzunehmen. Sie werden aber nicht erwarten können, daß alle Ihre Vorschläge — und ihre Zahl ist Legion — ich für Verbesserungen halte. Man hat geklagt über die Systemlosigkeit unserer Vorschläge und über die Mangelhaftigkeit der angeblich von uns vorgelegten Finanzreform. Eine Finanzreform haben wir Ihnen nicht vorgelegt, sie müßte auch anders aussehen als unser Vorschlag. Jetzt handelt es sich nur um die Deckung der Wehrvorlagen. Wir wollen nicht neue Schulden machen, weil das die gesamte Volkswirtschaft mehr angreifen würde, als der ehemalige Wehrbeitrag. (Sehr richtig!) Wir würden damit wieder in die alte Pumpwirtschaft geraten, die wir gottlob verlassen haben. (Sehr richtig!) Der mahnende Streit um die Erbschaftsteuer, der seit 1909 durch Deutschland tobt, drehte sich um 60 Millionen Mark, auch die Ley-Bajermann-Erzberger will nur 30-40 Millionen Mark Zuerststeuer durch eine allgemeine Besitzsteuer ersetzen. Was wollen aber diese Zahlen besagen, gegenüber der Höhe der Summe, die wir gegenwärtig dem Reich auferlegen. Die Gelegenheit wäre jetzt recht ungünstig vor den Augen des Auslandes uns um das Problem der Besitzsteuer die Köpfe zu zerhacken. (Sehr richtig! rechts.) Eine einheitliche Reichsvermögenssteuer wird verlangt und dieser Gedanke ist sehr populär. Ich warne aber dringend, einen Weg zu betreten, der nicht zum Ziele führen kann. Haben Sie erst einmal eine Vermögenssteuer des Reiches eingeführt, dann bauen Sie sie unzweifelhaft aus. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie erst einmal von dieser Jugendliebe genossen haben, lassen Sie nicht wieder von ihr. (Gr. Stk.) Mit einer ausgebauten Vermögenssteuer vertritt Sie das ganze Steuersystem der Einzelstaaten, es würde eine Stagnation des Lebens der Einzelstaaten eintreten, die auch das Reich an der Wurzel seiner Kraft fassen würde. (Sehr richtig!) Mit einer Reichsvermögenssteuer würden Sie eine gleiche Besteuerung im Reich nur herbeiführen, wenn Sie einen Schritt durch das ganze System der Besteuerung in den Einzelstaaten machen, und dazu werden die Parteien, die die Grundlage des bundesstaatlichen Systems hochhalten, nicht die Hand bieten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich möchte Sie bitten, sich freizumachen von dem Gedanken, daß die Besitzsteuer das Rückgrat der Reichsfinanzen werden. Ich bin ja gefaßt darauf, daß ich für diese Meinung von Ihnen (nach links) gesteuert werde. (Stk.) Aber man soll doch bei der Bemessung der Tragfähigkeit der direkten und indirekten Steuern nicht immer bloß von den Verhältnissen bei uns ausgehen. Im deutschen Reich beträgt die direkte Besteuerung 2100 Millionen, gegen 2000 Millionen indirekter Steuern. In Frankreich dagegen betragen die indirekten Steuern 2500 Millionen, die direkten nur 1350 Millionen (Hört, hört! rechts.) Es ist also eine Legende, daß bei uns die indirekten Steuern viel höher seien als die direkten. Der Gedanke des Wehrbeitrages ist gut aufgenommen worden, man hat sogar über seine Vaterhaft gestritten, und den Ruhm für Ludwig XIV. und den Abg. David in Anspruch genommen. (Gr. Heiterkeit.) Ich habe zahlreiche Zuschriften aus allen Stän-

den erhalten, getragen von tiefem Patriotismus und begleitet von freiwilligen Spenden, und will hier für diese Kundgebungen der Vaterlandsliebe öffentlich Dank sagen. (Beifall.) Schließlich muß ich noch der Auslegung entgegenreten, daß ich mit meiner Äußerung, Völker degenerieren durch Luxus und Wohlleben, an Deutschland gedacht habe. Das konnte um so weniger der Fall sein, als ich ja gerade den Vorschlag mache, eine große Verstärkung unserer Rüstungen vorzunehmen, und die Überzeugung habe, daß Deutschland bereit ist, die Opfer dafür auf sich zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Auch hätte ich, wenn ich vor Luxus und Wohlleben hätte warnen wollen, mich wohl an andere Kreise als an die Arbeiter gewandt. (Woh. Just. rechts.) Das Echo, das unser Appell an die Opferwilligkeit des deutschen Volkes für die Stärkung des Vaterlandes und den Frieden gefunden hat, stärkt mich in der Überzeugung, daß Deutschland nicht in Gefahr ist, in Wohlleben und Luxus unterzugehen. (Lebhafte Beifall.)

Bruh (A.) erklärt sich für den Wehrbeitrag. Segly (SD.): Der Reichskanzler hat, von der Erbschafts- und Reichsvermögenssteuer abzusehen, da dadurch die Finanzen der Einzelstaaten zerrüttet werden, und eine Mehrheit für sie nicht zu haben sei. Es handele sich auch jetzt nicht um eine Finanzreform, jagte er. Ich meine aber, der Reichstag darf diese Gelegenheit, Ordnung in unsere Finanzen zu bringen und die Lasten gerecht zu verteilen, nicht veräumen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gewiß wird eine Reichsvermögenssteuer den einzelnen Bundesstaaten momentan un bequem sein, aber gerade deshalb muß sie eingeführt werden, weil die Bundesstaaten dann den fortgesetzt wachsenden Ausgaben des Reiches innerhalb des Bundesrats entgegenzutreten werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler fand unser Steuersystem ganz erträglich und wies auf die indirekten Steuern Frankreichs hin. England hat er merkwürdigerweise übersehen; dort hat man keine indirekten Steuern auf die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel. In Frankreich ist das Erträgnis der indirekten Steuern freilich höher als bei uns, doch muß man auch in Rechnung setzen, wie sehr durch die Zölle die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel verteuert werden, ohne daß die Beträge in die Reichskasse fließen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und dann darf man auch die indirekten Steuern der Einzelstaaten nicht übersehen — in Bayern z. B. den Malzausschlag — und fügt man noch die indirekten Steuern in den Gemeinden hinzu, so kommt man zu einer Belastung mit indirekten Steuern in Deutschland, die die in allen anderen Staaten der Welt sehr erheblich übertrifft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daher sollte man durch eine Vermögens- und Erbschaftsteuer alle hier gemachten Steuervorschläge ersetzen und so wenigstens eine einigermaßen gerechte Verteilung der Lasten herbeiführen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Behrens hat auf die Entlastung des Arbeitsmarktes durch Einstellung neuer Tausende in die Kasernen hingewiesen. Die Konsequenz wäre, man solle das ganze arbeitende Volk in die Kasernen ziehen. Wer dann freilich die Mittel für die Unterhaltung der Soldaten aufbringen soll, scheint Herr Behrens nicht zu bedenken. Graf Posadowsky empfahl Sparämkeit im Reich, in den Staaten und in den Gemeinden. Bei den Gemeinden ist diese Mahnung gar nicht am Platze, die Gemeinden können wirklich keinen Luxus entfallen. Wir haben bayerische Gemeinden, die 1100 Proz. Zuschlag zur Staatssteuer zahlen müssen (Hört, hört!), um ihre Aufgaben zu erfüllen. In den Landtagen der Einzelstaaten empfiehlt man Sparämkeit, hier aber bewilligen dieselben Herren die unbilligsten Forderungen. Und war es denn anders, als Graf Posadowsky noch Minister war? Reineswegs, er trägt sogar den größten Teil der Schuld an der gegenwärtigen Lage, denn er ist der Vater des Zolltarifs. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit großer

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(17. Fortsetzung.)

Ich habe davon gehört, erwiderte Gustav, obwohl ich nicht wußte, daß Sie zu den näheren Freunden der Familie gehörten.

Deffen rühme ich mich auch nicht, allein auch ohne diese Bevorzugung war es natürlich, daß ich einer jungen schönen Dame meine Aufmerksamkeiten darbrachte. — Ich hoffe, Sie müßten diese Worte nicht, Herr Wilberg, die mit aller Ehrfurcht gesagt sind. Ich näherte mich dem Fräulein mit der Ergebenheit eines Freundes, wir sprachen viel und gern zusammen, ich lernte sie hochschätzen und hoffe diese Empfindungen unter allen Verhältnissen des Lebens bis zu meinem Ende zu bewahren.

Wilberg hatte aufmerksam zugehört; die Wahrheit und Offenheit, welche in Ton und Wort lagen, verfehlten ihren Eindruck nicht.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung, Herr von Baben, sagte er. Es freut mich zu wissen, daß Stephanie einen so ergebenen Freund besitzt, der mich zum Zeugen dieser Freundschaft aufruft und mir dadurch Hoffnung macht, wenigstens einen Teil davon auch auf mich zu übertragen.

Die Räte auf der Stirn des Majors kehrte zurück, er schloß, und erst nach einer kleinen Pause, während Wilberg den Brief in sein Taschensbuch legte, fuhr er fort: Die Zeiten, welche dies Papier enthält, sind gewissermaßen ein Testament. — Sie drücken meine Glückwünsche und meine Hoffnungen für Fräulein Stephanies Zukunft aus. Was ich Ihnen über meine innige Ergebenheit sagte, ist darin niedergelegt. Das Papier ist nicht versiegelt, ich habe nichts dagegen, wenn Sie den Inhalt lesen wollen.

Er ist für Stephanie bestimmt und so gut wie versiegelt, erwiderte Wilberg.

Baben verbeugte sich, er schien noch etwas sagen zu wollen, was er mühsam unterdrückte. — Die beiden jungen Männer gingen eine Zeitlang nebeneinander, als hinderte sie ein unheimliches Etwas, sich zu trennen, obwohl sie gern geschieden wären. — Endlich ergriff Wilberg das Wort und erzählte, was er zu sagen, von den verschiedenen Einrichtungen und Verhältnissen zu seiner bevorstehenden Vermählung, und wie nachher die Umstände, die er gar nicht geahnt habe, ein neu zu beschaffendes Hauswesen mache.

Wann haben Sie Ihre Verbindung festgestellt? fragte Baben.

In drei Monaten werde ich jedenfalls schon verheiratet sein.

Werden Sie? sagte der Major mit besonderem Nachdruck.

Zweifeln Sie an der Nichtigkeit meiner Vorausbestimmung? rief Wilberg lächelnd.

Ich wünsche, daß Sie recht haben mögen, erwiderte Baben. Sollte es der Fall sein, so wird niemand sich Ihres Glücks mehr freuen, als ich.

Mit diesen Worten verließ er ihn, und Wilberg überlegte mühsamlich deren Inhalt. — Ich weiß nicht, was ich besorge, sagte er endlich. Es ist mir unheimlich neben diesem Menschen, dem ich den zufälligen Anteil an jenem verwünschten Abenteuer verbergen muß, das mich quält, und das ich nicht los werden kann; allein er ahnt sicherlich nichts davon, und ich denke, die Zeit wird kommen, wo ich es offen gestehen darf. — Eines aber habe ich gewonnen, fuhr er dann lebhafter fort: Die Überzeugung, daß ich keinen Nebenbuhler habe! — Wo liegt denn nun die Gefahr für mich? Welcher Narr hat sich den schlechten Spaß gemacht, mir eine Warnung in die Hand zu stecken? — Er legte die Hand auf das Taschensbuch, in welchem der Brief steckte, und murmelte leise: Es ist ein Testament; was heißt das? Es heißt, ich nehme Abschied von Dir, auf immer! — Gut, ich werde sehen, was die Erbin dazu sagt.

Eine Stunde später trat er in das Arbeitskabinett der Damen, und wie er hoffte, fand er Stephanie allein. Sie war zur Gesellschaft gekleidet, Blumen im Haar, einen prächtigen Goldschmuck, sein Geschenk, um Nacken und Arm. Er fand sie schöner als je und betrachtete sie mit Blicken, in denen dies Geständnis lag. In ihrem Erdben drückte sich dafür die Antwort aus, die nichts Zurückweisendes hatte. Es war ein frohes Lächeln in ihrem Gesicht, das zu dem besten Verständnis paßte, welches seit einiger Zeit im Umgang zwischen den Verlobten sichtbar wurde. — Stephanie war nicht mehr verlegen um das, was sie sagen, und wohin sie blicken sollte, wenn sie mit Gustav allein war, die spröde Schüchternheit begann einem Vertrauen zu weichen, das eben sowohl aus dem Gefühl der Unterwerfung, wie aus einer leise erwachenden Reizung entsprungen sein konnte. — Wilberg hatte alles getan, um sich freundlich und gefällig zu erweisen, doch immer war eine gewisse Schranke stehen geblieben, die ihn heimlich verletzte und seinen Stolz zuweilen aufrief. — In diesem Gefühl wies er alle Annäherungen des Oufel Tobias mit derben Spott zurück. Er hatte sich gelobt in keinem Falle je dankbar dafür zu sein, daß das Fräulein von Gräfeld ihm ihre Hand reiche, und seine unmutige Aufregung hatte ihn einst zu Heftigkeiten verleitet, die ziemlich unverhüllt ausbrachten, was er dachte. Bei Stephanie war jedoch der Erfolg ein ganz anderer gewesen, als er voraussetzte. Sie blinnte ihn mit

solcher Freundlichkeit an, wie es noch nie geschehen war, und sagte dann mit voll betonter Stimme: Ich würde den Mann nicht achten können, der sich selbst nicht höher schätzte, als alle die Nichtigkeiten gesellschaftlicher Einrichtungen oder verbrauchter Vorurteile.

Und was achtest Du denn zumeist an dem Manne, den Du liebst? fragte er leise.

Den männlichen Mut, der sich und denen, die ihm angehören, keine Demütigungen gefallen läßt, erwiderte sie.

Jetzt, als er Stephanie lächelnd und geschmeilt ihn erwartend erblickte, fielen ihm ihre Worte ein. Er umarmte sie ungeschwungen, wie ein Bräutigam, und rief dann lachend: Seit Du meinen männlichen Mut herausgefordert hast, bin ich ein ganz anderer geworden, als ich war. Ich atme freier, ich habe Hoffnungen, ich sehe in Deinen Blicken etwas, das mich froh und glücklich macht. Habe ich recht, liebe Stephanie? Ist es nicht so? Wir lernen uns jetzt näher kennen, indem wir uns Auge in Auge betrachten, und kommen uns endlich vor, wie ein paar Menschen, die sich lieb haben müssen, wenn sie nur wollen.

Sie standen beide Hand in Hand und sahen sich an. — Und Du willst? fragte er.

Gewiß, ich will! erwiderte sie.

Ich glaube es! rief er mit Herzlichkeit, ich glaube es Dir jetzt, denn dies: Ich will! klingt ganz anders als damals, wo Du es zuerst sagtest. — Ich suchte Dein Herz, Stephanie, Du wußtest zurück. War es allein der Zwang, den Du scheuest, oder war ich es selbst? Was mißfiel Dir an mir?

Ich weiß es nicht, erwiderte sie zögernd.

Es war Deine Schüchternheit und mein gewalttätiges Eindringen. — Man merkt die Absicht, und man wird verstimmt! — Aber wenn Du wüßtest, mit welchen Sorgen ich mich quälte. Ich fürchtete, daß ein Schatten zwischen Dir und mir stünde, der mein Bild in Nebel hüllte. Mit diesem Schmerz ging ich und kam ich zurück.

Ich verstehe Dich nicht, erwiderte Stephanie.

Ein Gluck für mich, daß es so ist! fuhr er fort, und lächelnd zog er sie auf den Lehnstuhl, setzte sie auf sein Knie, umfaßte sie mit beiden Händen und begann nun eines jener langen Gespräche, in denen Liebende unerwartetlich sind. — Die Landschaftsmalerei einer glücklichen Zukunft öffnete ihre Herzen, und unter dem Austausch der Farben, die immer helleres Rot annahmen, verging eine geraume Zeit, ehe er plötzlich mit der Hand an sein Taschensbuch schlug und lehaft sagte: Bald hätte ich etwas vergessen. Ich habe einen Brief für Dich, den ich unter besonderen Umständen empfangen habe; hier ist er.

(Fortsetzung folgt.)

... hat Graf Posadowsky sich gegen das Erbrecht ...
... und der Regierung vorgeworfen, bei der ...
... der Entwurf gegen den ...
... auf die ...
... das Volk hat es satt, die wachsenden ...
... (Sehr wahr! bei den Soz.) In ...
... auf den Protest ...
... das Fortbestehen der ...
... Herr Speck entnahm aus den ...
... wir Sozialdemokraten wollten positiv an ...
... Wir haben auch früher an ...
... Die Arbeitslosigkeit ...
... auf der äußersten Linken, während ...
... der Rechten waren. ...
... wenn die Steuern ...
... werden sollen. Der Abg. ...
... diese Worte über die ...
... in weiten Volksteilen ...
... München ge ...
... wurde den Gegnern ...
... von der ...
... dem Dr. ...
... der „Nord ...
... Tag für ...
... diese Vorlagen vertreten hat. Die bayerischen Bundes ...
... sind im Bundesrat sowohl ausschlag ...
... für die Deckungsvorlage ...
... (Hört, hört! bei den Soz.) Es stand gar nicht gut ...
... die Wehrvorlage (Hört, hört!), und wenn die bayerischen ...
... einigen Widerstand geleistet ...
... hätten wir uns jetzt nicht mit dieser Heeresvorlage ...
... zu beschäftigen. Es hat noch ...
... die Rechten gegenüber ...
... wie das liberale Ministerium Hert ...
... (Hört, hört! bei den Soz.) Kein Ministerium vorher ...
... so ganz wehr ...
... seit dem Tode des ...
... ein völliger Umschwung ...
... zwischen Berlin und München ergeben. ...
... der Reichstagsabgeordnete ...
... hier im Reichstage ...
... (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist ...
... Keiner der Vor ...
... in die politischen ...
... der Volkser ...
... daß die bürger ...
... das rechte Wort ...
... das sind unsere ...
... Man fragt: was ...
... für das willfährige ...
... bei den Militär ...
... man sagt: die Zeit ...
... werden ...
... Es hat infolge dieser Lage eine ...
... (Hört, hört! bei den Soz.) ...
... das Zentrum ...
... worin es heißt: ...
... wohin soll das führen? ...
... und mehr als ...
... (Hört, hört! bei den Soz.) ...
... macht sich ...
... ein Artikel des ...
... Er schreibt: ...
... eine Kriegskontribution und ...
... durch den bloßen ...
... das Vertrauen in die ...
... Es wäre höchst ...
... das Spontane man auch ...
... (Hört, hört! bei den Soz.) ...
... gegen die ...
... (Hört, hört! bei den Soz.) Die ...
... gegen Himmel ...
... (Hört, hört!) In dieser Beziehung hat die ...
... gegen ...
... nur den Teil des Volkes ...
... zu ...
... die Regierung ...
... die Steuern zu zahlen haben, und besonders ...
... für das Erbrecht des ...
... anderen Verteilungsmaßstab ...
... der dem Reichswertzuwachs ...
... 10 Prozent für den ...
... 10 Prozent für die Gemeinde. Zur Gemeinde ...
... in so naher Beziehung, daß sie ...
... in Betracht kommen muß. Auch ...
... die neuen Heeresvorlagen ...
... Ein früherer ...
... noch nicht ...
... die Heeresvorlage ...
... das ...
... Herr Roland-Gilde sagte, sie ...
... die ...
... an der ...
... von den ...
... (Sehr wahr! bei den Soz.)

den wir in absehbarer Zeit keine Gelegenheit dazu haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das wird Herr Treudt selbst nicht glauben, daß man aus heiler Haut heraus, ohne die zwin gende Notwendigkeit, bestimmte Vorlagen zu verabschieden, sich über solche Prinzipienfragen wieder unterhalten wird. Im übrigen haben wir Zeit in Hülle und Fülle zur Verfügung. Die Frage, ob es gelingen kann, durch die schwarz-blauen Parteien mit einigem Zustrom aus den Reihen der Nationalliberalen die ganzen Vorlagen unter Dach und Fach zu bringen, ist auch keineswegs neu, sondern darum hat sich die ganze blühende Debatte gedreht. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Der Reichskanzler meinte, ich hätte mich geirrt in der Annahme, seine Worte über die verhängnisvollen Folgen über Wohlleben und Luxus hätten sich auf Deutschland bezogen, in Wahrheit habe er damit eine allgemeine historisch-philosophische Maxime zum besten geben wollen. Ich habe das Stenogramm seiner Rede noch einmal nachgelesen und kann danach von dem, was ich gesagt habe, nichts zurücknehmen. (Es ist ja richtig, daß der Reichskanzler in der Dunkelheit seiner Ausführungen mit Herablassung erfolgreich weise eifert (Heute!), im übrigen war er ja schon einmal genötigt, seine Ausführungen über Slaven- und Germanentum zu interpretieren. Die Hauptsache für den Reichskanzler war wohl jedenfalls, gegenüber den Ausführungen von der Linken zu warnen vor dem Wege einer Reichswertzuwachs- und Verbrauchssteuer. Diese Warnung findet bei uns taube Ohren. Ich erkenne darin nicht den Versuch, wirklich das Reich und die Einzelstaaten vor Gefahren zu bewahren, sondern den Versuch, an dem heutigen Privilegiensystem nichts ändern zu lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das System, das Einzelstaaten Zuschläge zu Reichsteuern leisten, ist gar nichts Neues. Wir haben es allerdings in etwas anderer Form bei der Reichserbschaftsteuer, bei der Reichswertzuwachssteuer, bei der Totalabgabe. Wir sagen im Gegen satz zum Reichskanzler, gerade, wer es ernst und auf mit dem Reich meint, muß darauf bestehen, daß das Reich zur direkten Besteuerung übergeht, damit wir aus den un haltbaren Zuständen der heutigen Finanzwirtschaft heraus kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß, der Ruf nach direkten Steuern ist schon alt, er ist schon erhoben bei der Gründung des Reichs im Artikel 70 der Verfassung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bisher hat das Streben nicht zum Erfolg geführt, aber wenn man alles aufgeben wollte, was nicht auf den ersten Anlauf ge langt, so wäre kein großes Verloren überhand zur Vollendung gekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kulturaufgaben in den Einzelstaaten werden darunter nicht leiden. Sie sind so unbedingt notwendig, daß sie gelöst werden müssen, ganz gleich wie. Es bleiben auch noch viele direkten Steuern in den Einzelstaaten übrig. Bei der Gegen überstellung der direkten und indirekten Besteuerung in Deutschland hat der Reichskanzler unseren Standpunkt ganz unbedachtlich gelassen, die enorme Verteuerung der im Lande selbst gewonnenen und verzehrten Nahrungsmittel, namentlich des Brotes. Jährlich eine Milliarde muß das deutsche Volk für seinen Vorbedarf infolge der Getreidezölle mehr aufbringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zuruf rechts: Wie ist es denn in Frankreich? In Frankreich tritt der Weizenstoff durchaus nicht ebenso im Preise in die Erscheinung wie bei uns, weil Frankreich fast keine Einfuhr aus dem Auslande braucht. Warum hat der Reichskanzler nicht das naheliegende Beispiel von England genommen, warum nimmt er ganz allein auf Frankreich Bezug? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn der Reichskanzler am Schluß wieder die Sammelstätte blickt, und die Nationalliberalen noch ein mal für die Idee des Anschlusses an den schwarz-blauen Block zu gewinnen sucht, mit dem Hinweis darauf, daß der Weg zu direkten Reichsteuern verstärkt sei durch seine Warnungen, so verweise ich darauf, daß, wer auf Worte vom Regierun gsrath, noch dazu in einer so taktisch gewonnenen Lage wie der jetzigen, bauen wollte, auf Sand gebaut hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Beim Abgang des Fürsten Bülow hat Herr v. Bethmann-Hollweg sehr rasch und ergaft seine Über zeugung gewechselt, und ich bin überzeugt, wenn die Mehrheit des Reichstags jetzt eine direkte Reichsteuer beschließt, wird der Reichskanzler ebenso schnell wieder umlernen. (Bei fall bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlagen gehen an die Budgetkommission.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Ort des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ostelbische und westelbische Agrarier.

In der Frage der Arbeiterabwanderung aus den östlichen Provinzen versichern die Agrarier dort keinen Spatz, wie die letzte Sitzung des Verstandes der westfälischen Landwirtschaftskammer erkennen ließ. Nach den Mitteilungen im amtlichen Organ der Landwirtschaftskammer war einer östlichen Landwirtschaftskammer durch Zufall zur Kenntnis gekommen, daß die westfälische Kammer Anträge, die ihr von ostpreussischen Stellenvermittlern zugewiesen worden waren, bei westfälischen Gutsbesitzern untergebracht hat. Die ostpreussische Kammer sah die ostelbischen Interessen gefährdet und berichtete alsbald dem Landwirtschaftsminister, der wiederum der westfälischen Kammer schleunigst zu verstehen gab, daß „auf Gewährung der, dem westfälischen Arbeitsnachweisverbande bewilligten, zum Ausbau der inländischen Arbeitervermittlung neu beantragten Beihilfe nur gerechnet werden könne, wenn die Kammer jede Verbindung mit Stellenvermittlern in anderen preussischen Provinzen lösen würde.“ Der Vorstand der westfälischen Kammer hat dann auch, wie weiter hervorgehoben wird, die Note der ostelbischen Junter nicht erkannt, er sei aber nicht in der Lage, dem freiwilligen Zug aus dem Osten entgegenzutreten, „solange inländisches Personal im Westen gar nicht oder nur in sehr geringer Zahl zu haben ist.“ — In der Not ist jeder sich selbst der Nächste, jagen eben die westfälischen Agrarier und finden nichts böses darin, den ostelbischen Kollegen die Arbeiter auszuspannen. Aber da wacht dann wenigstens der Herr Minister über die Gemeinamkeit der agrarischen Interessen, und wenn die westfälischen Gutsbesitzer auf sein Gebot nicht ein kommen, dann gibts kein Geld!

Das humane Geschloß.

Der bisherige Chefarzt der jerbischen Armee, Dr. R. v. Dettling, der durch seinen Verräther der modernen Kriegschirurgie bekannt geworden ist, hat sich auch über die Wirkung der modernen Geschosse ausgeprochen, und er hat dabei das Märchen von dem huma-

nen modernen Geschloß ebenfalls gründlich zerstört. Er hat sich u. a. wie folgt geäußert:

„Man spricht heutzutage so viel von dem „humanen“ Spitzgeschloß. Aber unsere modernen Infanteriegeschosse verdienen diese Bezeichnung durchaus nicht. Das Stahlmantelgeschloß bewirkt zwar bei großen Entfernungen leichtere Verwundungen und geht dabei, ohne ernste Gefährdung des Betroffenen durch den Körper hindurch. Aber schon bei 500—600 Meter Entfernung werden explosionsähnliche Wirkungen durch den Aufschlag hervorgerufen. Knochen werden wie Glas zermalmt, der Schädel wird einfach zerprengt. Ein Schuß aus dieser Entfernung, von dem die Bauchhöhle getroffen wird, führt zu ihrer Zerreißung, besonders wenn Magen und Darm gefüllt sind. (Durch die Beobachtungen im Balkankriege wurden diese von Dr. R. v. Dettlingen bereits im russisch-japanischen Krieg gemachten Erfahrungen durchaus bestätigt.) ... Gefährliche Wirkungen hat besonders das Schrapnellfeuer zu verzeichnen. Durch die Hartbleikugeln mit ihrer Schwefel-, Wachs- und Kolo-phonium-Umhüllung werden die furchtbarsten Wunden und Verbrennungen hervorgerufen. Die Wunden werden gewöhnlich infektiös. Truppenteile, die wie die türkischen beim Rückzug vor den serbischen in ein wirksames Schrapnellfeuer geraten, können dadurch vollständig ausgerieben werden. Die Zahl der durch ein in den Haufen platzendes Stahlmantel-Schrapnell Getroffenen ist gewöhnlich sehr groß, die dadurch hervorgerufenen Verwundungen sind sehr gefährlich.“

Diese nicht unbekanntenen Tatsachen sind besonders jetzt wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, da der Reichstag sich anschickt, die furchtbaren Mordinstrumente ins Unendliche zu vermehren. Und dabei leben wir in einer Zeit, die von christlicher Moral trieft!

Ein Krieg — das Einfachste von der Welt.

Der konservative „Reichsbote“ behandelt in einem Leitartikel die „wirtschaftliche Kriegsbereitschaft“, und das Blatt kommt zu folgendem Schluß: „In ganzen sind die natürlichen Schwierigkeiten unseres Wirtschaftslebens im Kriegsfalle gering. Was vom Auslande nicht mehr zu erlangen ist, ließe sich im Frieden ansammeln; was zu Beginn des Krieges in besonderen Mengen gebraucht wird, war vorher bereit zu stellen. Der geringeren Warenerzeugung während des Krieges aus Mangel an Absatz entspricht die Verminderung der Arbeiter durch die Teilnahme am Kriege. Die Landwirtschaft würde ihre Viehhaltung einschränken und so nicht nur Arbeitskräfte sparen, sondern auch große Kornmengen, die sonst verfault werden, der Volksernährung zur Verfügung stellen. Die eigentliche Gefahr liegt daher in den künstlichen Schwierigkeiten, besonders in unserem Wirtschafts anarchismus, im Mangel der volkswirtschaftlichen Vorräte, in den verhängnisvollen Fehlern unseres Geldwesens und in der Abhängigkeit aller Wirtschaft von den Mächten des Kreditkapitalismus. Hier hat daher die große Rüstungsarbeit einzusetzen, die dadurch zusammenfällt mit der organischen Reform unseres Wirtschaftslebens überhaupt.“

Wer den Krieg auf so leichte Schultern nimmt, muß an ihm ein erhebliches Interesse haben.

Das kommt davon!

Vor der Reichstagswahl 1912 stiftete der konservative Reichstagskandidat im Wahlkreis Grünberg-Frensbach Geheimrat Beuchelt für die Stadt 200 000 Mk. Darüber wurden Loblieder in allen Tönen angestimmt. Aber trotzdem wurde der freigebige Herr Geheimrat nicht gewählt, sondern mußte den Wahlkreis einem Sozialdemokraten überlassen. Heute hörte man nichts mehr von Lobliedern. Das ist begreiflich, wenn man erfährt, daß der Herr Geheimrat sein Geschenk an die Stadt auf — 50 000 Mark reduziert hat. In der Wirklichkeit ist der Stadt aber gar nichts oder sehr wenig geschenkt worden. Der konservative Geheimrat war auch lange Jahre Pächter der Grünberger städtischen Odenwaldjagd, für die er 3 000 Mark Pacht bezahlte. Dieser Tage ist die Jagd meistbietend neu verpachtet worden. Das Meistgebot gab ein Berliner Kommerzienrat mit 7 800 Mark ab, also 4 800 Mark mehr, als Herr Beuchelt in Grünberg lange Jahre gezahlt hat. Dem konservativen Spender dürfte also gar nicht schwer gefallen sein, der Stadt Grünberg 50 000 Mark als „Geschenk“ zu überweisen.

Aus der Partei.

Verbotener Maifestzug. Auch die Dortmund er Behörde hat die Genehmigung zum Maifestzug nicht erteilt. Man wird sich nur wundern, wenn sie erteilt worden wäre. An der Sache interessiert nur die Begründung, die ja nach dem Vereinsgesetz erfolgen muß und sich auch auf Tatsachen stützen muß. Die Dortmund er Polizei begründet ihr Verbot aber nur mit Vermutungen. Der erste Maifestzug auf einen Feiertag, und deshalb werden viele Menschen zusammenströmen. In Dortmund bestehen gespannte Verhältnisse zwischen den politischen Parteien, die wegen der Landtagswahl noch verschärft werden; es bestehe deshalb die Gefahr eines Zusammenstoßes mit den Bürgerlichen. Und dann sollen im Jahre 1911 Arbeiter auf einem Neubau von Maifesternden belästigt worden sein. Endlich verweist die Behörde noch darauf, daß es vor Jahren mit der Polizei zu Zusammenstößen gekommen ist. Das ist richtig. Aber die Dortmund er Polizei ist soweit genügend bekannt, daß über diesen „Grund“ kein Wort weiter verloren zu werden braucht. Also Gründe, wie sie vom Gesetz verlangt werden, hat die Polizei für ihr Verbot nicht angeführt. Als „mildernder Umstand“ kommt in Betracht, daß das Verbot wohl auf Anweisung von „oben“ erfolgt ist.

Polizeiliche Willkürherrschaft in der münsterländischen Stadt Buer war Gegenstand einer Verhandlung, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht Bochum gegen den verantwortlichen Redakteur des Bochumer „Volksblattes“, Genossen Pierenkämpere, stattfand. Es wurde erwiesen, daß zwei österreichische Bergleute grundlos verhaftet, auf der Straße und in der Wache schwer mißhandelt worden sind. In einem anderen Falle waren zwei Schulkinder nachts in die Wohnung eines Bergmannes eingedrungen und hatten den Mann geschlagen und gewürgt. Die Beweisführung über weitere schwere Angriffe ließ das Gericht nicht zu. Es hielt den Wahrheitsbeweis für erbracht, erkannte aber trotzdem auf 50 Mk. Strafe.

Zur Verurteilung Willis, über die wir in diesen Tagen berichtet, wird der Mannheimer „Volksstimme“ aus Karlsruhe mitgeteilt, daß gegen den Spruch der dortigen Strafkammer Revision eingelegt worden sei. Nach Lage der Sache war selbst in juristischen Kreisen allgemein die Freisprechung des Angeklagten erwartet worden. Willis hatte sich ursprünglich, obwohl er sich keineswegs schuldig fühlte, auch bereit erklärt, sein Landtagsmandat niederzulegen, nachdem die Anklage gegen seine Frau auf ihn ausgedehnt worden war, hatte es dann aber in Übereinstimmung mit der Auffassung der Karlsruher Parteileitung unterlassen, als dieser von juristischer Seite bestätigt wurde, daß keinerlei belastendes Material gegen ihn vorliege. Die Verhandlung vor der Strafkammer ergab in allen Punkten die Richtigkeit der Darstellung Willis, dessen Verurteilung auch in juristischen Kreisen allgemein überraschte.

Die russische Sozialdemokratie gegen die Panflawisten.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die feroce Kriegshege der panflawistischen Schreier, die in den letzten Tagen ihre Agitation auf die Straßen übertragen haben, löst naturgemäß auf den heftigsten Widerstand der Sozialdemokratie, die ungeachtet der schwersten Bedingungen ihre Aufgabe als friedenshaltender Teil der sozialistischen Internationale erfüllt. Hat sie schon seit Beginn des Balkankrieges ihr möglichstes getan, um der kriegerischen Hege der Nationalisten, der slavophilen Agitation der Liberalen entgegenzutreten, so bietet sie jetzt alle ihre Kräfte auf, um den chauvinistischen Ausschreitungen der panflawistischen Schreier den klaren, unzweideutigen Willen der Arbeiterklasse entgegenzusetzen. Eben weil die Panflawisten, ihrer Schwäche bewußt, schließlich an die „Straße“ appelliert haben, und ihre Agitation aus den dumpfen Räumen der slavischen Gesellschaften und der Staatsduma hinaustragen, gewinnt die Stellungnahme der Sozialdemokratie als der anerkannten Vertreterin der — politisch entrechteten — wertvollen Bevölkerung eine weittragende Bedeutung. Im hellen Tageslichte der öffentlichen Manifestationen gewinnt der Gegensatz zwischen den patriotischen Kriegshegern und den friedenshaltenden „Unflurern“ natürlich ein ganz anderes Gesicht, als in den Körperlichkeiten, in denen sich der Wille des Volkes nur selten Geltung verschafft. Der Unterschied zwischen den behördlich gebuldeten und geförderten Manifestationen der „patriotischen“ Panflawisten und den bisher stets mit Waffenmacht auseinandergesprengten Demonstrationen der revolutionären Bevölkerungsklassen ist denn auch so gewaltig, daß sich selbst das slavofreundliche Kadettenblatt „Nietisch“ nach der letzten großen Manifestation der Panflawisten am 6. April zu dem Geständnis gezwungen sieht, daß die Demonstrationen der „finen“ Elemente unter denselben Bedingungen nicht zehntausend, sondern wohl hunderttausende Teilnehmer zählen würden.

Die Auseinandersetzungen über diese Manifestationen in der Duma boten für unsere Genossen eine gute Gelegenheit, den Standpunkt der Sozialdemokratie diesen Fragen gegenüber zur Geltung zu bringen. Bei der Erörterung der von den Nationalisten eingebrachten Interpellation über die politischen Ausschreitungen bei der ersten panflawistischen Kundgebung unterstrichen die Redner unserer Fraktion das zweifache Maß, mit dem die patriotischen und die sozialistischen Kundgebungen gemessen werden. Zu den panflawistischen Kundgebungen selbst äußerte sich unser Genosse Burzanow: „Sie wissen — sprach er — daß wir Sozialdemokraten, wie die Arbeiterklasse, die uns in die Duma entsandt hat, Ihren Manifestationen feindselig gegenüberstehen, da sie mit der Bewegung der Volksmassen und des gesamten internationalen Proletariats im Widerspruch stehen. Die russische Arbeiterklasse ist der Ansicht, daß der Balkankrieg kein Volkskrieg ist. Sie betrachtet ihn vor allem, im Widerspruch zu Ihnen, nicht als Befreiungskrieg der Balkanvölker. Die Befreiung dieser Völker kann vielmehr nur durch das Bündnis aller Balkanvölker auf demokratischer Grundlage erzielt werden, und nur ein solches Bündnis besitzt den staatlichen Zweck, den Sie bei Ihren Demonstrationen angeblich im Auge haben. . . . In dem jetzigen kritischen Augenblick, in dem die kriegerischen Nationalisten aller Länder Rußland wiederum in die Verwicklungen am Balkan hineinziehen wollen, erheben die russischen Arbeiter ebenso wie bisher Protest gegen den Krieg, den weder sie, noch die russischen Bauern haben wollen. . . . Davon ausgehend, sind wir entschlossene Gegner der jüngsten Manifestationen und führen einen unerschütterlichen Kampf gegen Ihre verbrecherische Kriegshege.“

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Tarifbewegung der städtischen Arbeiter in Groß-Berlin. In den Vororten Charlottenburg, Neukölln und Lichtenberg sind die Anträge auf Abschluß kollektiver Arbeitsverträge mit dem Gemeindefabrikantenverbande abgelehnt worden. In drei überfüllten Versammlungen nahmen die Arbeiter der drei Vororte zur Ablehnung Stellung. In einstimmig angenommenen Resolutionen erklärten die Versammelten, daß sie nach wie vor an der Forderung einer tariflichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen festhalten wollen. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Frage der Zweckmäßigkeit und Möglichkeit der Tarifverträge für städtische Betriebe weiterer eingehender Prüfung durch die städtischen Körperschaften unterzogen werden möchte. Die sozialdemokratischen Fraktionen der Städte, die schon anlässlich der Staatsberatung für die Anträge der Arbeiter eingetreten sind, bereiten weitere Aktionen in dieser Sache vor.

Der Streik in der Binnenschifffahrt. Am Sonnabend, dem 12. ds. Mts., tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung der Binnenschiffer. Der Bevollmächtigte Schünung erstattete Bericht über den Stand des Streiks. Das Verhandlungsergebnis bildete die einstimmige Annahme nachfolgender Resolution: „Die am 12. April 1913 zu Berlin tagende außerordentliche Generalversammlung der Binnenschiffer nimmt Kenntnis von dem Stande des Streiks und konstatiert, daß die in vorstehenden Prehnotizen enthaltenen Mitteilungen, wonach die Reichen der Streikenden sich erheblich zu lächeln beginnen, nicht zutreffen und daß infolge dessen für die Binnenschiffer kein Grund vorliegt, dem Wunsche des Unternehmerverbandes zu entsprechen und bei diesen um Frieden zu bitten. Die Versammelten erklären — trotz des bisher abnehmenden Verhaltens des Unternehmerverbandes — erneut ihre Bereitwilligkeit, jederzeit auf der Basis der Gleichberechtigung mit dem Unternehmerverband über die Beilegung der Differenzen zu verhandeln. Die Generalversammlung beauftragt die Verhandlungskommission, von dieser ihrer Entschließung der Öffentlichkeit sowie dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes Kenntnis zu geben. Sie ermächtigt ferner die Verhandlungskommission, alle die Maßnahmen zu treffen bezw. Beschlüsse zu fassen, die in Wahrung der berechtigten Interessen der Binnenschiffer sich als notwendig erweisen.“ Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer wird am Montag ebenfalls zu der Situation Stellung nehmen.

Die Fortbildungsschule im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen. Mit immer neuen Mitteln suchen die Be-

hörden die Arbeiterorganisationen zu schädigen. Man geht sogar dazu über, in Schulordnungen den Fortbildungsgesetzlichen unterliegen diese Versuche der gerichtlichen Nachprüfung, und erst in den letzten Tagen hat das Schöffengericht in Schönlanke die Unzulässigkeit solcher Kampfmittel gegen die Gewerkschaften ausgesprochen. Der jugendliche Tischler Gustav Ziech hatte eines Tages an einem Vergnügen der Jahreshilfe des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Schönlanke teilgenommen, und die Behörde, welche hierin eine Übertretung des Ortsstatuts für die Pflichtfortbildungsschule Schönlanke und zugleich der dortigen Schulordnung sah, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafbefehl über 3 Mk. zu. Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung, in welcher ausgesprochen wird, daß kein Fortbildungsschüler ohne Genehmigung des Schulleiters einem Verein angehören oder an Versammlungen eines solchen teilnehmen darf, lediglich von dem Leiter der Schule erlassen sei, nicht aber von den Gemeindebehörden, denen allein nach der Gewerbeordnung das Recht zustehe, statutarische Bestimmungen für die Fortbildungsschule zu erlassen. Vor allem aber rügte der Verteidiger, daß die erwähnte Bestimmung der Schulordnung gegen das Reichsvereinsgesetz verstoße, und daß Schulbehörden kein Recht hätten, über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes hinaus strafrechtliche Verbote gegen die Teilnahme von Schülern an Vereinen oder Vereinsversammlungen zu erlassen. Deshalb sei nicht nur die Freisprechung, sondern auch die Uebernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse geboten. Das Schöffengericht Schönlanke schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an, und das Ergebnis ist also, daß der Staat die Kosten dafür zu tragen hat, daß man den Versuch gemacht hat, durch unzulässige Mittel die Gewerkschaften zu bekämpfen.

Kommunales.

Lieferung von Schlachtschweinen an die Städte. Die westfälische Landwirtschaftskammer hat den Oberpräsidenten ersucht, eine Konferenz der Regierungspräsidenten der Provinz mit den Vertretern der größeren Städte einzuberufen, damit die Lieferung von Schlachtschweinen an die Städte in die Wege geleitet werden möge. — Nach den bisher von den Stadtverwaltungen abgegebenen Erklärungen muß die Sache scheitern, solange nicht die Organisationen der Landwirte ihre Lieferungsbedingungen wesentlich zugunsten der Konsumenten ändern.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein katholischer Geistlicher als Verleumder. Im vorjährigen Reichstagswahlkampf hatte sich im Wahlkreis Nienstedt-Kronach auch der katholische Geistliche Will als eifriger Zentrumsagitator betätigt und den sozialdemokratischen Kandidaten Seemann-Kronach dadurch herabzusetzen versucht, daß er verleumderische Behauptungen gegen ihn erhob, wie die, Seemann habe seine Eltern schlecht behandelt usw. Auf die Klage Seemanns hin wurde Will seinerzeit vom Schöffengericht Ludwigsstadt wegen verleumderischer Beleidigung zu 100 Mk. Strafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, die am 10. April verhandelt wurde. Der Kläger hatte angelündigt, er werde in der Berufungsverhandlung den Nachweis erbringen, daß der Geistliche wiederholt Kanzel und Beichtstuhl zu politischen Zwecken mißbraucht habe. Will hielt es aber für geraten, es nicht darauf ankommen zu lassen, er zog seine Berufung im letzten Moment zurück, so daß also das Urteil, das ihn gerichtlich zum Verleumder stempelt, rechtskräftig ist. Vielleicht hat bei diesem Rückzug auch die Furcht mitgewirkt, daß eine neue Bloßstellung vor dem Landgericht Bamberg der Zentrumsache bei der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl in diesem Kreise schädlich sein könnte.

Aus Nah und Fern.

Explosion. In der schiffschen Pulverfabrik Kraus u. Co. in Wauken wurden durch eine Explosion zwei Pulverhäuser zerstört. Ein Arbeiter hat schwere Brandwunden erlitten, denen er erlegen ist. Die Ursache der Explosion ist Selbstentzündung von Pulverstaub.

Das Torpedoboot „B 3“ verlor in der Ostsee bei einem starken Schneesturm die Steuerung und setzte sich nach sechsstündiger Irrfahrt zwischen Dievenow und dem Jordan-See an der pomeranischen Küste auf den Strand fest. Die Mannschaft wurde gerettet.

Grubenunglück. Auf der Zeche General Blumenthal bei Kettlinghausen im Schacht 3 und 4 plachte in der Grube der Kessel einer Grubenlokomotive. Durch umherfliegende Eisenstücke wurde ein Bergmann auf der Stelle getötet und zwei andere schwer verletzt, einer davon lebensgefährlich.

Schiffszusammenstoß auf dem Rhein. Bei Bonn stieß in der Dunkelheit der holländische Personen- und Güterdampfer „Siegfried“ auf das letzte Schiff eines Schlepptzuges, der im Rhein vor Anker lag. Das gerammte Schiff wurde sehr stark beschädigt. Der Kapitän des „Siegfried“ stürzte sich ins Wasser und ertrank.

Der Papst ist ernstlich erkrankt; man rechnet mit seinem baldigen Ableben.

Der Wettersturz der letzten Tage hat in ganz Deutschland und einem großen Teile Europas enormen Schaden angerichtet. Im westlichen Teile Rheinlands, in Bayern, Schwaben und Ungarn sind stundenlang anhaltende Schneestürme aufgetreten.

Automobilunglück. Ein folgenschwerer Zusammenstoß ereignete sich in der Brückenstraße zu Bochum. Dort fuhr ein Automobil zwischen zwei Straßenbahnwagen und wurde total zertrümmert. Eine Frau und zwei Kinder, die in einem Straßenbahnwagen saßen, wurden schwer verletzt, ein Wagen stark beschädigt.

Im Schneesturm. Ein Rettungsboot rettete bei Prerow a. d. Ostsee die Besatzungen von sechs Fischerbooten. Ein Raaschoner ist gestrandet. Die Besatzung erkrankt bei dem herrschenden starken Schneesturm.

Schreckenszene im Zarenhause. Einen entsetzlichen Tod hat in der staatlichen Zarenanstalt Oetelbrück (Luxemburg) eine geisteskrante Frau erlitten. Dort tauchte eine 18jährige Wärterin eine Geisteskrante in ein siedendes heißes Bad. Die unglückliche Schreie aus Selbstkräften um Hilfe, die Wärterin glaubte jedoch, diese Schreie auf einen Wahnsinnsausbruch zurückzuführen zu müssen, und drückte die Geisteskrante um so tiefer ins Wasser. Die bedauernswerte Frau verbrühte vollständig. Sie starb unter großen Schmerzen nach einigen Stunden. Es scheint, daß die junge Wärterin aus Nachlässigkeit sich über den Wärmegrad des Wassers ungenügend orientiert hatte.

Ein doppeltes Mordgeständnis legte in Kaufbeuren in Bayern-Schwaben ein Händler namens Johann Gerum ab, der dort wegen eines Diebstahls verhaftet worden war. Im Laufe der Unternehmung gestand er ein, in Weicht einen

Rekter ermordet und beraubt und in Häusern bei Buchloe einen Handwerksburschen erschlagen zu haben. Diese beiden Mordtaten hatten bisher nicht aufgeklärt werden können.

Verhängnisvoller Brand einer ägyptischen Petroleumanlage. Aus Kairo wird gemeldet, daß in den Petroleumdepots bei Kasr el Scheif Feuer ausbrach, das mit so unheimlicher Geschwindigkeit sich griff, daß wenige Minuten später mehrere Dörfer in Flammen standen. Das Feuer, das 26 Stunden dauerte, zerstörte 500 Häuser und 250 Gehöfte ein. 20 000 Personen wurden obdachlos. Es dürfte auch eine Anzahl Menschenleben zugrunde gegangen sein.

Vier Personen ertrunken. Auf dem Lago wosce im polenischen Kreis Koßen hat sich ein schweres Bootsunglück ereignet. Als vier Gutsarbeiter in einem beschädigten Kahn über den Lago wosce fahren wollten, sank das Boot in der Mitte des Sees. Die vier Insassen, die des Schwimmens unkundig waren, ertranken. Ein Lehrer, der vom Ufer aus Zeuge des Unglücks war, stellte Rettungsversuche an, hatte aber keinen Erfolg.

Freilassung der Suffragettenführerin. Frau Bankhurst wurde Sonnabend aus dem Hologowaggefängnis „hinausgeschmuggelt“. Von drei fahrenden Zuchthäusern hat sie gerade acht Tage teils im Gefängnis, teils im Hospital zugebracht. Draußen standen immer noch Suffragetten-Kosten. Trotzdem gelang es zunächst, Frau Bankhurst im Automobil aus dem Gitterort hinauszuführen, ohne die Aufmerksamkeit des Suffragettenpostens zu erregen. Das Gefängnisautomobil war aber noch nicht weit gekommen, als es Frau Bankhurst gelang, mit einem zum Wagenfenster hinausstreckten Arm Signale zu geben, und jetzt begann eine wilde Jagd. Man brachte Frau Bankhurst, die unter gewissen Bedingungen für beschränkte Zeit freigelassen wird, in ein Privathospital in Walswater. Dort erklärte ein Arzt sie für in höchst bedenklichem Zustand. Wollkissen stehen vor dem Haus Koßen und werden Frau Bankhurst auf Schritt und Tritt überwachen.

Das Schicksal einer Hitzexpedition. Von dem Leiter der Hitzexpedition für die deutsche Spitzbergenexpedition Starub in folgendes Telegramm vom 11. April aus Green Harbour (Spitzbergen) eingetroffen: Erhielt Nachricht Abventbay, daß vier Norweger hier 5. April angekommen. Sie verließen das Schiff in Treuenburg wegen Proviantmangels. Stave gestorben. Eberhard, Möser, Detmers vermisst. Zulege stehen in Widsbay. Raabe, Rüdiger am Schiff. Rüdigers Fußblatt amputiert. Keine Nachricht von Schröder. Stranz bis zum 25. März am Schiff. Geht heute nach nordwärts. Suchen nach den Vermissten in der Widsbay. Pflegen und führen nach Süd Rüdiger und Raabe. Suchen nach Schröder auf dem Nordostland, nordwestlich einer Linie von der Dabebay nach Wahlenbergbay. Reintiere ziehen vortrefflich. Rüdiger noch zu schwach, wird nach Green Harbour übergeführt.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 8 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Im Jubiläumsjahr der Freiheitskriege. — Gold und Ware. — Di. Weber. Jugendberlinerungen von Richard Wagner. — Regierung und Wahlrecht in Preußen (Salm). — Der Rheinfall bei Schaffhausen. Von Karl Gvatter (Mit Abbildung). — Eine idiotische Verleumdung. — Aus der Jugendbewegung. — Ausländische Jugendbewegung (Österreich, Frankreich, Schweiz). Vom Kriegsschauplatz um. Beilage: Die Buchhalterin. Erzählung von Fritz Müller. — Karl Marx in seinen jungen Jahren (Von der Rheinischen Zeitung zum kommunistischen Manifest). Von H. Conrad. — Die preussische Staatsreform nach dem Tilsiter Frieden. — Flurbereinigung von Anno dazumal. Zeichnung von H. Kley. — Stil und Stilarten. Von Otto Koenig. — Wissenschaften von der Sprache und so weiter.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Anlässlich der letzten Beratung des neuen Budgets für 1913 wurde seitens aller Redner darauf hingewiesen, daß in den Deputationen und auch in den Gemeindebetrieben größere Sparsamkeit geübt werden müßte. Ueber die Art des Sparens gingen die Meinungen natürlich recht weit auseinander. Es liegt nun die Möglichkeit vor, daß die Betriebsleiter angewiesen sind, diese gewünschte Sparsamkeit auch in die Tat umzusetzen. Die Direktion des größten Gemeinbewesens unter Leitung des Herrn Direktors Hase, die Licht- und Wasserwerke, scheint sich ebenfalls seine eigene Meinung über dieses Sparen zu bilden. Nachdem die vielen Worte vom Sparen gesprochen waren, wurde flugs einer Reihe Arbeitern gekündigt; diese Kündigung wurde wegen Arbeitsmangel ausgesprochen. Ausgehend sind hier Arbeiter, die seit längeren Jahren in den Betrieben der Gasanstalt tätig waren, Leute, die zum 1. Juli eine größere Prämie laut Kontrakt erhalten mußten. Diese Leute hat man jetzt zwei Monate vor dieser Zeit entlassen; hierdurch sollen sicherlich die zu zahlenden Prämien Gelder gespart werden. Das alles wäre noch verständlich, wenn für diese Arbeiter wirklich keine Arbeit vorhanden wäre! Arbeit ist jedoch da, denn jetzt sind eine Reihe Arbeiter in den Betrieben der Gas- und Wasserwerke von einem Unternehmer geestelt worden. Die eigenen Arbeiter, mit einem Stundenlohn von 40 Hg. = 4 Mk. Tagelohn wurden entlassen. Eingestellt wurden Arbeiter von einem Unternehmer wofür zum mindesten doch 5 Mk. täglich gezahlt werden müssen. Es ist ja kaum zu glauben, daß dieses Mitglieder der Bürgerschaft nicht bekannt sein sollte. Ist es den Herrn aber bekannt, dann allerdings ist das Reden vom Sparen ein Hohn für die lübschen Bürger im allgemeinen. Diese Erscheinung ist aber nicht nur auf dem Gaswerk, sondern auch im Elektrizitätswerk und Wasserwerk gang und gäbe. Jahrelang arbeiten hier Tag ein Tag aus Arbeiter von dem Unternehmer Mein. Wir möchten mit diesem Eingehand nur das Ersuchen an die Mitglieder der Bürgerschaft richten, sich doch diese Art des Sparens einmal etwas näher anzusehen. Hoffentlich wird man dann Herrn Direktor Hase eines besseren belehren können.

Mehrere Arbeiter.

Allerlei Wissenswertes.

Über wenig verbreitete gute Gemüßsorten berichtet ein praktischer Übergärtner im praktischen Ratgeber. Da wird als ein Blumenkohl, der den schwierigen Verhältnissen stand hält, die Sorte Rassepartout empfohlen, als ausgezeichnete Rotkohlorte der neue Braunschweiger Rotkohl. Ein Salat, der lange geschlossen blieb, war Casard. Eine Steckrübensorte, die nicht schiefst, ist die silberweiße Queen. Gartenfreunde können einzelne Nummern des praktischen Ratgebers in Frankfurt a. O. auf Verlangen kostenfrei erhalten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bienenfleiß

konkurriert nicht mit Kunsthonig sondern mit echtem Bienenhonig

Kauf bei
Häuer & Co.
Wallhalbinsel,
Fernr. 891.



Heute morgen 11 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- u. Großvater

Heinrich Schultz

im 72. Lebensjahre, tief betrauert von mir und seinen Kindern,

Catharine Schultz, geb. Rathmann.

Lübeck, 12. April 1913, Anninstraße 7.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 16. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, von der Kapelle Burgtor aus statt. Trauerfeier 10 1/4 Uhr. 3081

I. O. G. T.

Am 12. April verschied unser langjähriges treues Ordensmitglied

Hinrich Alpen

(Loge Nie rasten 416).

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Logenausschuß.

Beerdigung am Mittwoch, dem 16. April, vormittags 11 1/4 Uhr, von der Kapelle Burgtor. 3083

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Maifeier-Komitee.

Heute Montag abend 8 1/4 Uhr.
Karten stempeln. 3102

Für die vielen Gratulationen und
Geschenke zu unserer Hochzeit danken
herzlich 3091
Fritz Behrens u. Fr., geb. Gänther.

Sonntag früh 6 1/2 Uhr ent-
schlief nach kurzem schweren
Leiden im vollendeten 90. Ge-
bensjahre, meine innigste-
geliebte Frau, meiner Kinder
trauernde Mutter, unsere
liebe Schwester, Schwägerin
und Schwiegermutter
Sophie Blohm geb. Matern.
In tiefer Trauer
Marin Blohm u. Familie.
Lübeck, Ludwigstr. 84. (3089)
Beerdigung Mittwoch, Be-
ginn der Feierlichkeiten 8 1/4 Uhr
in d. Kapelle d. Barmh. Brüd.

Verein der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Sonnabend, dem 12. April,
starb unser Mitglied, der Kollege

H. Alpen.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mit-
woch, dem 16. April, vormittags
11 1/4 Uhr, von der Kapelle Burgtor
aus statt.

Beerdigung der Mitglieder zur
Zahlstelle an derselben vormittags
10 1/4 Uhr im Gewerkschaftshaus.
3081 Die Ortsverwaltung.

Ca. 50 Leute

zum Aufbau der Figur 3 Bahn gegen
hohen Lohn ab Mittwoch früh gesucht.

Hugo Haase, Aktiengesellschaft.

Z. Zt. Lübeck-Burgfeld. 3084

Bestes
Ragodu Schnell-
Wasch
Milch
Ohne Chlor.
Garantiert unschädlich.
Schnee-weiße Wäsche.
1 Pfd. nur 55 Pfg.
Überall zu haben.
Zur Einführung bis Ende 1913
gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschmesser oder
1 Schere usw. (1823)
10 " leicht silb. Kollier. 3 Neu-
silber-Edißel usw.



Vereinigte
Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.40 Mk. (3093)

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Geschäftskutscher,
Wein- und
Kaufmannsarbeiter.

Versammlung
am Dienstag, dem 15. April
abends 8 1/4 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Verschiedenes. 3101) Der Vorstand.

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. An
den langen Winterabenden der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da
die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
Preis 60 Pfg., Mt. 1.- und Mt. 1.80.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

In Läden, bei Verkäufern:
Rahmschicht-Käse
pro Stück 30 Pfg. **Hansa-Meierel.** 2970

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Bücherel auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die
Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reichillustrierten Monatshefte
- Kosmos, Handwörter f. Naturfreunde**
mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen - Wald und Heide - Photo-
graphie und Naturwissenschaft - Technik und
Naturwissenschaft - Haus, Garten und Feld -
Natur und Kunst
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther,
Was ist Elektrizität? Dannemann, Wie unser Weltbild
entstand; Dr. Floerke, Kriechtiere u. Lurche fremder
Länder; Prof. Dr. Weite, Die Urgesellschaft u. ihre
Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung
am Dienstag, dem 15. April 1913
abends 8 1/4 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
2. Berichte.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Leere Farbetonnen

vorrätig.

Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

Achtung!

Bauarbeiter u. Zimmerer Schwaetans.

Versammlung

am Mittwoch, dem 16. April
Tages-Ordnung:
Berichterstattung über die
Verhandlungen mit dem
Arbeitgeberverband. 3086

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Südnitz.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 15. April
abends 8 1/4 Uhr
im Lokale Dieckelmann
in Kücknitz.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
3. Vortrag des Kollegen H. Radde-
Lübeck über: „Die geplante Volks-
fürsorge“.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
3097) Die Distriktsleitung.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 15. April
abends 8 1/4 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Bericht vom Gewerkschaftskartell
und Vorstandes-Konferenz.
3. Verschiedenes. 3106) Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 16. April 1913
abends 8 Uhr
in der Stadthalle:
29. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solist: Herr Emil Corbach
(Cello).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu Fidelio
L. van Beethoven.
Peer-Gynt-Suite E. Grieg.
Die Moldau, sinfonische Dichtung Smetana.
Etudiantina-Walzer E. Waldteufel.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger. (3085)

Neues Stadttheater.

Montag, den 14. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 U.
174 Vorst. i. V. u. 28. Vorst. i. Mont.-U.
Die lustigen Weiber v. Windsor
Kom.-phant. Oper v. Otto Nicolai.
Opernpreise. (3103)

Dienstag, den 15. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
175. Vorst. i. V. u. 29. Vorst. i. Dien.-U.
Die verkaufte Braut.
Komische Oper von Friedr. Smetana.
Opernpreise.

Mittwoch, den 16. April 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Agnes Bernauer.

Ein deutsches Trauerspiel v. Heibel.
In Vorbereitung: „Der Bettler
von Syrakus“, von Herm. Su-
dermann. „Große Rosinen“,
Gr. Hoff v. Bernauer u. Fachinger.
Muff v. Bretschneider u. Kott.